



**Parlamentarische Versammlung der NATO**

**UNTERAUSSCHUSS FÜR OST-WEST-  
WIRTSCHAFTSZUSAMMENARBEIT UND  
KONVERGENZ**

---

**WIRTSCHAFTLICHER ÜBERGANG IM  
MITTLEREN OSTEN UND NORDAFRIKA**

---

**BERICHTSENTWURF**

***KURT BODEWIG (DEUTSCHLAND)***  
***BERICHTERSTATTER\****

Internationales Sekretariat

14. Oktober 2005

---

\* Das vorliegende Dokument gibt bis zu seiner Verabschiedung durch den Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit lediglich die Ansichten des Berichterstatters wieder.

## INHALTSVERZEICHNIS

I.	EINFÜHRUNG .....	1
II.	EINE ZURÜCKFALLENDE REGION .....	2
III.	DER FLUCH DES ÖLREICHTUMS .....	11
IV.	HANDEL .....	12
V.	AUSLANDSINVESTITIONEN, DAS GESCHÄFTSKLIMA, REGIERUNGSFÜHRUNG UND POLITISCHE REFORM .....	14
VI.	POLITISCHE REFORM .....	16
VII.	SCHLUSSFOLGERUNGEN .....	20
VIII.	BIBLIOGRAPHIE .....	26

## **I. EINFÜHRUNG**

1. Die Region Mittlerer Osten und Nordafrika (MENA) ist eine politisch und ökonomisch heterogene Region, die gleichwohl häufig als Ansammlung von relativ ähnlichen Staaten charakterisiert wird. Der Grund, weshalb sich diese fehlerhafte Sicht durchgesetzt hat, kann durch die gemeinsamen, wenn auch kaum identischen religiösen, kulturellen und ethischen Profile der Nationen der Region, Elemente einer gemeinsamen Überlieferung von Geschichten und einer Anzahl von gemeinsamen politischen, Sicherheits-, diplomatischen und wirtschaftlichen Herausforderungen erklärt werden. Der vorliegende Bericht wird sich umfassend mit diesen wirtschaftlichen Herausforderungen befassen, wird jedoch von der Annahme ausgehen, dass die Region in der Tat heterogen ist. Die MENA-Länder der Region unterscheiden sich nach Größe, natürlichen und Energievorkommen, Einkommensniveau, Humankapital und Ausbildung, sozialen und politischen Strukturen, Institutionen und Religion (Nabli).

2. Das Ende des Kalten Krieges hat die strategische Landschaft des Mittleren Ostens und Nordafrikas ebenso wie die der NATO dramatisch verändert. Das Auftreten von terroristischen Bedrohungen nach den Angriffen des 11. September verbunden mit politischer und militärischer Instabilität im Mittleren Osten wird jetzt völlig als bedeutende Bedrohung der internationalen Stabilität erkannt. Dies hat unvermeidlicherweise die Aufmerksamkeit der NATO auf die Region gelenkt. Jedoch hat sich das Herausarbeiten einer gemeinsamen Strategie, um mit den äußerst unterschiedlichen Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität in der gesamten MENA umzugehen, als extrem schwierig erwiesen. Das transatlantische Zerwürfnis wegen des Iraks zeigte perfekt die Schwierigkeiten, die beim Zusammenschustern einer gemeinsamen westlichen Vorgehensweise gegenüber der Region involviert sind.

3. Es gibt gleichwohl zahlreiche Gebiete offensichtlich gemeinsamer transatlantischer Interessen hinsichtlich des Mittleren Ostens und Nordafrikas. Die wirtschaftliche Entwicklung der Region gehört dabei sicherlich zu den wichtigsten. Schnelleres Wachstum in der Region würde zunächst für die Nachbarn der Region und Handelspartner, aber auch für die breitere internationale Gemeinschaft Vorteile weit über die Grenzen dieser Länder hinaus bringen. Gewiss verstärken sich wirtschaftliche Liberalisierung und die Erweiterung persönlicher Freiheiten gegenseitig, wenn sie auch kaum identische Phänomene sind. Fortschritte an der einen Front lösen häufig Fortschritte an der anderen aus, und Verbesserung auf beiden Gebieten wird jetzt in weiten Kreisen für den Aufbau einer stabileren regionalen und internationalen Ordnung als wesentliche Voraussetzung betrachtet.

4. Das Problem in der gesamten MENA-Region war nicht nur die vorsichtige und sehr partielle Art und Weise, in der wirtschaftliche Reformen angegangen wurden, sondern auch das weit verbreitete Versagen bei der Einleitung des politischen Prozesses hin zu umfassenderer Partizipation, ein demokratischer Sprung nach vorne, der das Gefühl der Öffentlichkeit, beim Reformprozess mitgenommen zu werden, vertiefen würde. Der Mangel an Offenheit, öffentlichem Engagement und institutioneller Entwicklung sind

vielleicht die zentralen Erklärungen dafür, dass die Region es nicht geschafft hat, in der Gesamtentwicklung mit einer Reihe von anderen sich entwickelnden Regionen Schritt zu halten. Bezeichnendermaßen betrug die durchschnittliche Wachstumsrate in der MENA-Region im Laufe der 90er Jahre lediglich 1,3% gegenüber 2% für alle Entwicklungsländer (Abed und Davoodi).

5. Die atlantische Gemeinschaft ist sicherlich aufgestellt, um Reformen in der MENA-Region unter der Voraussetzung zu unterstützen, dass die gewählte Vorgehensweise auf die einzigartigen Bedürfnisse, Empfindlichkeiten und Sorgen der Region reagiert - von denen viele durch Jahrhunderte ausländischer Eingriffe in der Region gekennzeichnet sind. Dies kann getan werden, indem MENA stärkerer Marktzugang gewährt wird, indem Ausbildung und Entwicklungshilfe geliefert werden und Kenntnis über Übergangserfahrungen vermittelt werden, die eine solche tief greifende Wirkung bei der Erweiterung der Zone von Frieden und Sicherheit in Europa selbst hatten. Viele MENA-Länder müssen dringend den wirtschaftlichen und politischen Übergang beginnen, der dem Übergang nicht unähnlich ist, den Mittel- und Osteuropa bewerkstelligt haben. Der Prozess der Veränderung könnte durchaus das Fundament für eine neue Partnerschaft mit dem Westen legen.

## **II. EINE ZURÜCKFALLENDE REGION**

6. Das wirtschaftliche Schicksal der MENA-Region hat sich in den letzten 50 Jahren dramatisch verändert. Ausgehend von einem sehr geringen Grad sozioökonomischer Entwicklung in den frühen 50er Jahren erzielte die Region ein verblüffendes Maß an wirtschaftlicher Expansion. Das Wachstum des Pro-Kopf-BSP in den 60er Jahren war größer als in Lateinamerika, während die Länder der Region eine Anzahl von Sozialpolitiken beschlossen, die ihre Gesellschaften in wesentlicher Form zu verändern begannen.

7. In den 80er Jahren nahm jedoch die Geschwindigkeit der Expansion substantiell ab. Diese Verlangsamung beruhte nach dem Volkswirt der Universität Georgetown Tarik Yousef auf:

- strukturellen und wirtschaftlichen Ungleichgewichten,
- dem Fluch des Überflusses an natürlichen Ressourcen (Öl und Gas) und der Rückgang der Ölpreise,
- schwachen politischen Systemen und Instabilität,
- mehreren kulturellen Faktoren, wie z.B. der Platz der Frauen in der Gesellschaft, die dahin tendierten, Entwicklungsanstrengungen zu unterminieren,
- der Verwurzelung eines etatistischen-interventionistischen Umverteilungsmodells, das Marktsignale verfälschte,
- exzessiver staatlicher Planung, Importsubstitution, Verstaatlichung von in- und ausländischen wirtschaftlichen Aktiva und hochzentralisierten und hierarchisch strukturierten Gewerkschaften.

8. Der hochkomplizierte Prozess des Nation Building im Mittleren Osten nach dem Ende der kolonialen Besetzung liefert vielleicht die wichtigste Erklärung der zentralen Rolle, die der Staat im Wirtschaftsleben der MENA-Länder gespielt hat. In der postkolonialen Ära stellen die Regierungen, die ihre Legitimität durch Bereitstellung von Public Welfare stützen wollten, den Staat in den Mittelpunkt des nationalen

wirtschaftlichen Lebens. Die Vorstellung, dass Staaten bei dem Erzeugen und Umverteilen von Reichtum eine wesentliche Rolle zu spielen hatten, war auch im Westen allgegenwärtig, der Westen verfügte aber auch über große und dynamische Privatsektoren – etwas, was offensichtlich in der MENA-Region fehlte.

9. Es gab eine in diesen Politiken implizierte grundsätzliche Übereinkunft. Die Staaten der Region lieferten ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Sicherheit für ihr Volk im Austausch gegen politische Loyalität. Aber diese Übereinkunft führte schließlich zu einem fundamentalen Mangel an Transparenz, Verantwortlichkeit und Effizienz. Autoritäre Regierungen in der Region wollten einfach den sozialen Frieden erkaufen und kümmerten sich wenig um die Entwicklung der Produktivität. Dies hatte wichtige finanzielle Folgen insofern, als die Staaten der Region in ständig zunehmendem Maße in das Wirtschaftsleben der Nationen eingriffen, und dies ohne signifikante Haushaltskontrollen auszuüben und ohne die mikroökonomischen Konsequenzen zu bedenken. Zum gleichen Zeitpunkt führte die angespannte Sicherheitslage in der Region zu bedeutenden Ausgaben für das Militär, die die Volkswirtschaften der Region stark belasteten.

10. Die expandierenden Finanzlasten der Staaten unterminierten unvermeidlicherweise produktive Investitionen. Dieses Problem wurde im Laufe der 80er und 90er Jahre, einer durch abnehmende Ölpreise, steigende öffentliche Verschuldung, demographische Explosion, das Auftreten hoch wettbewerbsfähiger Schwellenvolkswirtschaften in Ostasien und das Entstehen einer zunehmend echt globalen Wirtschaft gekennzeichneten Zeitperiode, offensichtlich. Aufgrund einer Reihe von politischen Entscheidungen arbeitete die MENA-Region mit Ausnahme einiger weniger Industrien in zunehmendem Maße am Rande der Weltwirtschaft. Die Bildung von Realkapital nahm im Laufe der 80er Jahre auf einer Basis pro Arbeitnehmer um 75 % ab, während es im Laufe der 90er Jahre praktisch überhaupt kein Produktivitätswachstum gab.

11. Die MENA-Region ist heute mit schwerwiegenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen konfrontiert. Vielen Ländern der Region gelang es nicht, aus den durch die Öffnung des globalen Handelssystems herbeigeführten neuen Entwicklungschancen Vorteile zu ziehen. Die MENA-Länder rutschten unter das Niveau der menschlichen Entwicklung, das man angesichts ihres angepassten Pro-Kopf-Einkommens für die Region angenommen hätte. Entsprechend begann sich nunmehr der Abstand zwischen ihr und Regionen wie Lateinamerika und Südostasien unaufhaltsam zu vergrößern.

12. Neueste Studien der Weltbank legen nahe, dass die Region mit ihren Leistungen nirgendwo auch nur annähernd ihr Potenzial verwirklichte, dies insbesondere seit 1985. Mit nur wenigen Ausnahmen gilt dies für Öl exportierende ebenso wie für nicht Öl exportierende Länder. Dieses Abrutschen ist umso alarmierender, weil es MENA nicht gelingt, ein Fundament für zukünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu legen. Eine Studie der Weltbank schätzt, dass wegen der explosiven demographischen Expansion 47 Millionen neue Arbeitsplätze zwischen 2002 und 2012 in 16 MENA-Ländern geschaffen werden müssten, einfach um die Arbeitslosigkeit bei ihrer aktuellen (amtlichen und wahrscheinlich zu niedrig angesetzten) Quote von 15% zu halten. 6,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze würden diese Quote unter 10% drücken, und weit mehr als das Doppelte der Anzahl von vorhandenen Arbeitsplätzen müsste in der nächsten Dekade geschaffen werden, um die Arbeitslosen und neu in den Arbeitsmarkt Eintretende aufzunehmen (Nabli). Um dies zu erreichen, wären wiederum Wachstumsraten

erforderlich, die mindestens 2% höher liegen als die heutigen. Eine solche Wachstumsrate der Arbeitsplatzbeschaffung wurde nicht einmal in Ostasien zu dem Zeitpunkt erreicht, als sein Beschäftigungswachstum am höchsten war (Keller und Nabli).

13. Der staatliche Sektor hat typischerweise die Last der Schaffung von Arbeitsplätzen in der MENA-Region übernommen. Aber die heutigen steuerlichen Gegebenheiten legen nahe, dass es wenig Raum für eine vom Staat gesteuerte Schaffung von Arbeitsplätzen gibt. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten für Wanderarbeit stärker eingeschränkt. Als Ergebnis ist die Arbeitslosenquote der Region heute bei jungen, einen ersten Arbeitsplatz Suchenden am höchsten. Diese jungen Menschen haben gegenüber den vor zwanzig Jahren erstmals einen Arbeitsplatz Suchenden durchschnittlich drei zusätzliche Jahre Schulbildung hinter sich. Dies schafft enorme Frustration in der Region und hat ebenso politische wie auch wirtschaftliche Konsequenzen (Cassidy). Abnehmende Aussichten auf Beschäftigung war z.B. ein Faktor bei der zunehmenden Popularität von islamistischen Bewegungen unter gebildeten jungen Menschen in den städtischen Ballungsgebieten der Region. Diese Bewegungen sind häufig zutiefst misstrauisch hinsichtlich des weltweiten Marktes, der aber in Wahrheit das einzige Mittel für die Region bietet, um sich aus ihrer Entwicklungsmalaise zu befreien.

14. Geschlechtsbezogene Fragen bilden ein weiteres Schlüsselement des wirtschaftlichen Profils der Region. Arabische Frauen sind weltweit am wenigsten am Arbeitsmarkt beteiligt, obwohl sie in zunehmendem Maße die Chance zu arbeiten verlangen. Diese Nachfrage steigt in dem Maße ebenso wie die Möglichkeiten, ihr gerecht zu werden, abnehmen. In der gesamten MENA-Region ist die Arbeitslosigkeit bei Frauen um 30 % höher als bei Männern. Das Problem ist in Bahrain, Syrien, Ägypten und Saudi-Arabien am akutesten, wo die Frauenarbeitslosigkeit gegenüber dem Durchschnitt der Region zwei- bis dreimal höher ist (Nabli).

15. Bis vor Kurzem zog die MENA-Region nur 1% der weltweiten Auslandsdirektinvestitionen (FDI) an (Ago und McCarthy). (OECD-Briefing für den Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Februar 2005). Potentielle Investoren werden durch ein Geschäftsklima entmutigt, das durch hohe Transaktions- und Dienstleistungskosten, schwerwiegende Eingriffe der öffentlichen Behörden und Verzögerungen gekennzeichnet ist, was zu Handelshemmnissen, überhöhten Frachtkosten, langen Zollabfertigungszeiten und allgemeiner regionaler Unsicherheit führt. Nach einer neueren Erhebung der Weltbank in 110 Ländern haben beispielsweise der Jemen, Saudi-Arabien, der Libanon und Ägypten einige der entmutigendsten Eintrittshindernisse für Geschäftstätigkeit weltweit errichtet (Irbal). Auslandsinvestoren werden insgesamt auch durch umfangreiche, häufig nicht rechenschaftspflichtige und zwangsausübende staatliche Strukturen, die dahin tendieren, wirtschaftliche Initiativen zunichte zu machen. Allumfassende Verdächtigungen und weit verbreitete Vorbehalte in der Region hinsichtlich des Phänomens der Globalisierung waren auch ein Hindernis für Kapitalzuflüsse.

16. Gleichwohl hat sich die Investitionssituation in den letzten Jahren verbessert. Ausländische Direktinvestitionen in den Mittleren Osten nahmen in der Zeit von 2003 bis 2005 um 76 % zu (Ago und McCarthy). Dies könnte auf zunehmendes Vertrauen in die Region hinweisen, obwohl steigende Ölpreise bei dem Anlocken neuer Investitionen in die Region sicherlich einen wesentlichen Faktor darstellen.

17. Ein weiteres Entwicklungsproblem bezieht sich auf das Klima. Der Mangel an Wasser in der MENA-Region und der steigende Wasserbedarf werden in zunehmendem Maße als eine Quelle regionaler Spannung und auch als ein Hindernis der Entwicklung gesehen. Wasserknappheit ist mit anderen Umweltproblemen, wie z.B. Abholzung, Wüstenbildung, Schwierigkeiten beim Erhalten und Schützen der Meeresküsten und der relativen Knappheit von bebaubarem Land, verbunden. Die Fähigkeit der MENA-Regierungen, Trends im Umweltbereich zu überwachen und entsprechende Politiken zu fahren, ist darüber hinaus sehr gering (Esty, Levy und Winston). "Hydropolitik" erwies sich auch als ein Stolperstein bei zahlreichen Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde und zwischen benachbarten Staaten.

18. Auch die Geschichte hat der MENA-Region entwicklungsbezogene Lasten auferlegt. Während ungefähr 200 Jahren war ein großer Teil der Region Gegenstand von Großmachtpolitiken und Rivalitäten. Dies hinterließ eine aufschlussreiche Spur sowohl in der kollektiven Psychologie als auch in ihren politischen und staatlichen Strukturen. Die koloniale oder halbkoloniale Erfahrung in einem großen Teil der Region war langanhaltend. Wie oben ausgeführt, wählten die nationalistischen Eliten, die auf die kolonialen Administrationen folgten, Importsubstitution, dirigistische Entwicklungsmodelle, die dazu beitrugen, die ökonomische Entscheidungsmacht in den Händen von staatlichen Behörden oder von mit der regierenden Klasse verbundenen Eliten zu konzentrieren. Aber selbst dies schaffte es nicht, die Rolle von Außenseitern zu beschränken, die in einigen Elitegruppen Stellvertreter sahen, über die sie um geschäftlichen und strategischen Einfluss kämpfen konnten. Diese Dynamik verkomplizierte nur die Probleme des Aufbaus kohärenter, nationaler, politischer und ökonomischer Systeme. In einem großen Teil der Region wurden Globalisierung und liberale Wirtschaftsreform als eine neue Form alter kolonialer Formen gesehen. Auf diese Weise fiel die ökonomische Logik der Liberalisierung häufig einer Myriade von tiefverwurzelten Ängsten vor der Außenwelt zum Opfer. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Massenarbeitslosigkeit haben diese Standpunkte bestärkt.

19. Diese besondere Vorgeschichte galt jedoch nicht gleichmäßig in der gesamten Region. Mehrere Staaten übernahmen anfänglich Elemente der Standardvorschriften, der "Washington-basierten Bretton Woods Institutionen" und akzeptierten damit einen liberaleren Ansatz zur internen wirtschaftlichen Entwicklung. Die würde sie besser dabei unterstützen, in einer globalen Ordnung zu arbeiten (Page). Wichtig ist, dass in diesen Ländern ein geschäftlicher Mittelstand mächtige soziale und politische Positionen zu kritischen Zeitpunkten ihrer jeweiligen Geschichte konsolidiert und später Entwicklungsstrategien verfolgte, die zumindest teilweise auf die Integration in die Weltmärkte aufbauten. Unter anderen Umständen erzeugte die durch kleine liberale Gruppen vorangetriebene Reformagenda schließlich einen heftigen politischen Rückschlag, und im besten Falle wurden sie nur zu einem äußerst geringen Teil angenommen bzw. einfach als ungeeignet abgelehnt.

20. Selbst bei den Oppositionsbewegungen der Region blieb der liberale wirtschaftliche Impuls recht schwach. Islamische Bewegungen tendieren beispielsweise dahin, stärker um soziale Angelegenheiten besorgt zu sein als um technisch-wirtschaftliche als solche, und selten nehmen sie die Gelegenheiten wahr, umfassender an der Weltwirtschaft teilzunehmen. Einschränkungen der politischen Debatte in bestimmten Gesellschaften behinderten den Dialog zwischen ökonomischen Reformern und ihren islamischen Kritikern – was vielleicht beiden ermöglichte, eine Art von Synthese zu erreichen.

Sicherlich gibt es keinen Grund dafür, dass die Positionen beider Gruppen sich gegenseitig ausschließen, wie die aktuelle Regierung der Türkei so geschickt bewiesen hat (Henry und Springboard, Seite 20).

21. Während der postkolonialen Phase der Entwicklung war die Handelspolitik stark protektionistisch. Die MENA-Regierungen tendierten dahin, ein Import-Substitutionsmodell der Entwicklung zu verwenden, das ausgewählten Inlandsfirmen eine privilegierte und geschützte Position auf lokalen Märkten bei gleichzeitiger Verstärkung der Macht und Legitimität der politischen Klasse einräumte. Das Problem war, dass dieses Modell hoch ineffizient war. Es führte zu umfassenden Ressourcen-Fehlallokationen, brachte hochkonzentrierte, vertikal integrierte Gesellschaften hervor und nährte riesige und parasitenhafte Bürokratien. Es hinderte auch die MENA-Gesellschaften daran, die natürlichen Vorteile einzufahren, die Integration in die Weltwirtschaft im Allgemeinen mit sich bringt, einschließlich: Spezialisierung aufgrund komparativer Vorteile, externe Märkte für lokal hergestellte Waren, Effizienzsteigerung durch Wettbewerb und niedrigere Preise für Verbraucher ebenso wie für Produzenten.

22. Gleichzeitig stützten Legitimitätsprobleme bestimmter Regime in der MENA-Region die Gewohnheit von Ausgabenpolitik zur Bedienung von Klientelen als ein Mittel, das im Wesentlichen dazu bestimmt war, Loyalität bei den Einflussreichen und potentiell Feindlichen zu kaufen – ein Ansatz, der die Regierungsführung umso undurchsichtiger machte, während mächtige, gegen Wirtschaftsreformen eingestellte Gruppen verstärkt Fuß fassen konnten. Die Regierungen in der gesamten Region spielten historisch die Rolle eines Arbeitgebers der letzten Zuflucht – eine Praxis, die jetzt defizitgeplagten Staaten in der gesamten Region ernste steuerliche Lasten auferlegt, die wirtschaftliche Flexibilität schwerwiegend behindert und eine sich vergrößernde Kluft zwischen vom Staat eingegangenen sozialen und Beschäftigungsverpflichtungen und der Fähigkeit, diese Leistungen zu erbringen, geöffnet hat. Die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Staat hat auch die Lohnkosten schneller wachsen lassen als die Produktivitätsgewinne – eine Arbeitsmarktpolitik, die die Region wirksam daran gehindert hat, den potentiellen komparativen Vorteil bei Lohnkosten zu nutzen, der sicherlich ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern und ihr dabei helfen würde, mit zunehmender Arbeitslosigkeit zurecht zu kommen.

23. Unglücklicherweise hatte die regionale und innere Unsicherheit auch einen Anteil am wirtschaftlichen Gesamtbild. Krieg, endemische Verwundbarkeit des Regims und Terrorismus haben zu abnormal hohen Verteidigungsausgaben geführt, die gegenüber einem Durchschnitt von 12% in Entwicklungsländern bei 20% des BIP liegen. Dies leitete knappe Haushaltsressourcen von gezielten Projekten öffentlicher Investitionen ab, die ein stabileres Fundament für nachhaltige und breitbasierte wirtschaftliche Entwicklung liefern würden. Sorgen hinsichtlich der Stabilität der Region haben die Kosten der dortigen Geschäftstätigkeit um eine enorme Risikoprämie erhöht, wiewohl Waffenhändler florieren konnten. Dies ist noch eine weitere Erklärung dafür, wie wichtig es ist, ein friedliches Umfeld zu schaffen, um die Entwicklung in der Region zu unterstützen.

24. Makro-ökonomische Politiken in der MENA-Region haben ebenfalls Probleme aufgeworfen. Lockere Ausgabenpolitiken, die in den gesamten 80er Jahren betrieben wurden, basierten auf hohen Ölpreisen, die dank der Kartellisierung der Ölproduktion nach 1973 durchgesetzt werden konnten. Aber die Kartellmacht erodierte im Laufe der 90er Jahre mit dem Anstieg der Nicht-OPEC-Produktion beträchtlich, eine Entwicklung, die

dazu beitrug, signifikante Ölpreisminderungen zu beschleunigen. Die Staaten der Region hatten jedoch nicht die ausreichende steuerpolitische Flexibilität, um Ölpreisschwankungen auszugleichen. Kopflastige Staaten kämpften um das finanzielle Überleben, taten dies aber durch Kannibalisierung von Ressourcen, die ansonsten möglicherweise in Projekte investiert worden wären, welche zu langfristiger Investition geführt hätten. Steuerehrlichkeit ebenso wie echte Investitionen waren die Opfer.

25. Natürlich nähern sich heute die Ölpreise historischen Höchstwerten. Ein unvermeidlicherweise steigender Energiebedarf der Chinesen und Inder legt nahe, dass langfristig der Mittelpunkt, um den die Ölpreise schwanken, substantiell höher liegen wird (OECD-Briefing). Die bedeutenden Ölexporture erzielen bereits riesige Windfall-Gewinne aus den Preissteigerungen. In Saudi-Arabien, wo Ölverkäufe 70 bis 80 % der Einnahmen des Staaten ausmachen, führten stark steigende Öleinnahmen dazu, dass ein 8 Milliarden Dollar-Defizit bei den Staatseinnahmen zu einem Überschuss von 26 Milliarden Dollar wurde. In 2005 wird erwartet, dass die Einnahmen 74,77 Milliarden Dollar betragen, was das wirtschaftliche Gesamtwachstum auf 6,2 % hochschiebt. Im Oman war das Wachstum um 23 % höher als erwartet (Kahwaji).

26. Aber angesichts der demographischen Tendenzen in der MENA-Region wären selbst höhere Ölpreise nicht ausreichend, um die Regierungen der Region von der Notwendigkeit zu befreien, neue Quellen von Investitionen und Finanzen zu erschließen. Es gibt selbst bei bedeutenden Ölproduzenten eine Kehrseite steigender Ölpreise. Diese Kehrseite lässt die Neigung entstehen, das Verständnis dafür in den Hintergrund zu drängen, dass Reform wesentlich ist, und kann zu Entscheidungen führen, die darauf abzielen, den Verbrauch zu unterstützen, statt die Produktivität zu befördern. Und sie benachteiligt tendenziell andere Industrien, deren Entwicklung für eine breiter basierte Entwicklung wesentlich ist. Schließlich haben Erlöse aus steigenden Ölpreisen häufig zu einer hemmungslosen Ausweitung der Rüstungsausgaben geführt. Die Öleinnahmen der Staaten des Golf-Kooperationsrates nahmen um 35 % zu, während das Bruttoinlandsprodukt nach amtlichen Berichten gegenüber 2003 um 9,4 % zunahm (Kahwaji).

27. Es ist wichtig, die zunehmenden fiskalischen Probleme in der Region vor den kürzlich eingetretenen Ölpreiserhöhungen zu berücksichtigen. Saudi-Arabien hatte beispielsweise in 21 der vergangenen 22 Jahre ein Haushaltsdefizit. Der Anteil seines Haushalts, der für Bildung und Gesundheit aufgewandt wurde, nahm ständig ab. Die Arbeitslosigkeit der unter 30-jährigen erreichte 25 %, während – vielleicht nicht unabhängig davon – die politische Unterstützung für radikalen Fundamentalismus zuzunehmen scheint (Posner). Die wirtschaftliche Entwicklung muss dort eindeutig auf eine nachhaltigere Grundlage gestellt werden und mit signifikanten statt kosmetischen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen kombiniert werden.

28. Eindeutig nehmen Forderungen nach einer breitbasierten Struktur- und politischen Reform überall in der Region zu. Der von einer hochrangigen Gruppe von arabischen Sachverständigen verfasste Bericht der VN über die menschliche Entwicklung in arabischen Ländern 2002 wies beispielsweise auf eine Reihe von Problemen hin, die die Region in der Rangfolge der Nationen hinsichtlich der globalen menschlichen Entwicklung weiter zurückfallen lassen. Der Aufruf des Berichts zum Handeln war in seiner Klarheit und mit seiner Warnung hinsichtlich dessen, was bei Unterlassung von Reformen möglicherweise drohen würde, bestürzend.

29. Dieser Bericht zeigte eine Reihe von menschlichen Entwicklungsindizes, in denen die MENA-Region eindeutig zurückfällt. Die Probleme sind nicht zuletzt wegen der Tatsache besonders besorgniserregend, dass die Weltwirtschaft in zunehmendem Maße auf der Förderung von Knowledge workers und der Informationsinfrastruktur beruht. Bei dieser sich entwickelnden Wirtschaft werden natürlich geringere Lohnkosten und hochausgebildete Gesellschaften bei sonst gleichen Voraussetzungen Investitionen leichter anlocken können als Gesellschaften mit hohem Lohn und geringen beruflichen Fähigkeiten. Lediglich erstere werden ein Fundament für langfristige Schaffung von Arbeitsplätzen auf der Grundlage von Produktivitätsverbesserungen liefern. Umfangreichere und effizientere Investitionen stellen damit den besten Weg dar, um Produktivität und Löhne nach oben zu treiben. Die schlechte Nachricht für die MENA-Region ist, dass in den letzten fünfzehn Jahren die vorherrschende Entwicklung, die Sozial- und Geschäftspolitiken insgesamt dazu geführt haben, dass in zunehmendem Maße geringe berufliche Fähigkeiten mit relativ höheren Lohnkosten verbunden waren, eine tödliche Kombination, die verbunden mit niedrigen Innovationsniveaus dazu beigetragen hat, sowohl Inlands- als auch internationale Investoren davon abzuhalten, auf lokalen Märkten tätig zu werden.

30. Die MENA-Region ist heute schlecht strukturiert, um geschäftliche Vorteile aus ihrem Humankapital zu ziehen. Sie leidet an relativ hohem Analphabetismus, schlechten Testergebnissen, nicht adäquaten Schulen und Universitäten, die so strukturiert sind, dass sie Eliten für den Staat schaffen, einem konsequenten Mangel an Chancen für die Universitätsabsolventen, einer unterentwickelten Telekommunikationsinfrastruktur und einem Mangel an Zugang zu Computern. Die Tatsache, dass Frauen häufig daran gehindert werden, Chancen in der Schule und am Arbeitsplatz vollständig wahrzunehmen, schmälert in beträchtlicher Weise die potentielle Arbeitskraft und Talentbasis der Region (Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, 2004). Wenn stark interventionistische Staaten, Korruption, militärische Spannungen und autoritäre politische Praxis in den Mix eingebracht werden, beginnt die Situation düster und letztlich unerträglich auszusehen.

31. Ausbildungssysteme in der gesamten MENA-Region hinken hinter anderen Entwicklungsregionen hinterher. Das Analphabetentum ist hoch, insbesondere bei Frauen, einige Kinder haben keinen Zugang zur Grundausbildung, die Anzahl von Studenten, die sich in Hochschulen einschreiben, nimmt ebenso ab wie öffentliche Ausgaben für Bildung, die trotz der starken Zunahme der Anzahl junger Menschen aktuell niedriger liegt als in 1985. Der Zugang zum Internet ist sehr gering, und es gibt lediglich 18 Computer pro 10.000 Menschen in der arabischen Region im Vergleich zu einem globalen Durchschnitt von 78,3. Lediglich 4,4 übersetzte Bücher pro Million Menschen wurden in den ersten fünf Jahren der 80er Jahre veröffentlicht, d.h. also weniger als ein Buch pro Million und Jahr. Die Raten in Ungarn und Spanien für die gleiche Zeit betragen 519 bzw. 920 (Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2003). Einige im Westen behaupten, dass die Bildungssysteme und Universitäten in zunehmendem Maße von Islamisten beherrscht werden. Diese Ansicht sollte jedoch mit einer gewissen Vorsicht gewürdigt werden. Es ist sicherlich richtig, dass beispielsweise in Pakistan und Saudi-Arabien Sektoren des Bildungssystems derart umfassend durch religiöses Lehren beherrscht werden, dass die Studenten auf vielen Gebieten, die möglicherweise die nationale Entwicklung energisch vorantreiben könnten, zu funktionalen Analphabeten werden. Mehrere Golfstaaten müssen Facharbeiter importieren, weil sie es nicht schaffen, ihre eigene Technokratie zu schaffen,

dies trotz der Tatsache, dass sie dafür die finanziellen Mittel besitzen. Islamische Pressionen werden manchmal auch dahingehend auf die wissenschaftliche Gemeinschaft ausgeübt, um auf bestimmten kulturell sensiblen Gebieten die Forschung einzuschränken. Aber es trifft auch zu, dass Probleme der Bildung in der MENA-Region mehr auf mangelnden Ressourcen, Bürokratisierung und zu sehr auf Auswendiglernen gestützte pädagogische Verfahren beruhen als auf der "Islamisierung" als solcher.

32. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind innerhalb der gesamten MENA-Region sehr gering. Wissenschaftliche Forschungszentren in der arabischen Welt leiden unter ungenügender Finanzierung, ungenügenden institutionellen Strukturen und einem politischen Umfeld, das den wissenschaftlichen Dialog einschränkt. Schlechte Arbeitsbedingungen machen das Problem auf Dauer unlösbar. Es ist besonders schwierig, neue Generationen von Forschern anzulocken, wenn der Sektor an akutem Kapitalmangel leidet und politisch vernachlässigt wird. Diese Schwäche hat wiederum die Fähigkeit der Region beeinträchtigt, sich an im Ausland entwickelte Technologie anzupassen, diese zu integrieren sowie ihre eigene zu entwickeln. Es ist demzufolge nicht überraschend, dass viele der Topwissenschaftler der Region ausgewandert sind. In der Tat wanderten ca. 25.000 der 300.000 Absolventen aus arabischen Universitäten in 1995/1996 aus, während mehr als 15.000 arabische Ärzte zwischen 1998 und 2000 die Region verließen (Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2003). Lediglich die Ausbildung ausreichender Kader von Knowledge workers und die Einräumung der Möglichkeit, ihre Arbeit zu tun, werden den Gesellschaften der Region dabei helfen, die Abwanderung von Wissenschaftlern einzudämmen und Technologie in einer Weise anzuzapfen, die möglicherweise entsprechende eigene Entwicklungen auslöst.

33. Abgesehen von diesen echten Problemen wurden auch einige Verbesserungen registriert. In einer neueren Studie von 12 MENA-Ländern nahm der Bevölkerungsanteil mit über 25 Jahren und ohne Schulausbildung von 80% in 1970 auf 46% in 2000 ab. Die durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs nahm in der gleichen Zeit von 1,3 Jahren auf 4,5 Jahre zu (Abed und Davoodi). Diese Verbesserungen waren eine Folge der stark ausgeprägten sozialen Komponente der staatlichen Ausgabenpolitik in der MENA-Region. Heute liegt die Herausforderung darin, für Hochschulabsolventen, die es zunehmend schwer haben, ihre Kenntnisse in praktische Arbeit umzusetzen, gewinnbringende Beschäftigung zu finden.

34. Es gibt eine Anzahl von Faktoren, die das eher einzigartige wirtschaftliche Profil der MENA formen. Der herausragendste Faktor ist vielleicht der, dass viele Länder der Region von Ölexporten oder Transfers aus Öl exportierenden Ländern abhängen, um Verbrauch und Entwicklung abzusichern. Es gibt jedoch bedeutende strukturelle Unterschiede als Ergebnis variierender Energievorkommen in den Regionen. Länder, wie Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko und Tunesien, sind arm an Ressourcen und reich an Arbeitskräften. Andere, einschließlich Algerien, Iran, Syrien und Jemen, sind ressourcenreich mit zahlreichen Arbeitskräften, während die Golfstaaten an Öl reich sind und lange Zeit Arbeitskräfte importierten. Dennoch fielen alle hinsichtlich der Bedingungen menschlicher Entwicklung hinter die Entwicklungsländer zurück (Iqbal). (VN-Berichte über die menschliche Entwicklung 2002, 2003).

35. Zweitens waren zentrale Planung, Verstaatlichung, Verbrauchssubventionen und Import-Substitutionspolitiken Säulen der nationalen Entwicklungsstrategien der Region. In gewisser Hinsicht sicherten diese Vorgehensweisen ein Mindestniveau an Entwicklung

und halfen auf breiter Front, den Verbrauch in dieser verarmten Region anzukurbeln, insbesondere nach den enormen Ölpreisspitzen der 70er Jahre, als es der OPEC gelang, nahezu den gesamten internationalen Ölmarkt zu beherrschen. Ölexporte erbrachten Finanzmittel für Infrastruktur, Gesundheitswesen und Ausgaben für Bildung; seit den 60er Jahren ging das Analphabetentum beträchtlich zurück, und das Gesundheitswesen und die Lebenserwartung erfuhren starke Verbesserungen.

36. Als jedoch die Ölpreise zu fallen begannen, wurde die Verwundbarkeit der Volkswirtschaften der Region offensichtlicher. Das in den öffentlichen Sektor fließende Einkommen ging zurück, und die Investitionen in Infrastruktur und Sozialausgaben fielen parallel dazu. Dies führte zu einer 60%igen Reduzierung beim physischen Kapitalstock pro Arbeitnehmer seit den späten 70er Jahren begleitet von Produktivitätsabnahmen, zunehmenden makroökonomischen Ungleichgewichten und einem immer schlechteren Investitionsklima, steigender Arbeitslosigkeit und einem sehr geringen Wachstum.

37. Dieser umfangreiche Abschwung veranlasste Marokko, Tunesien und Jordanien dazu, eine Reihe von entscheidenden Reformen zu unternehmen: die Einführung von Mehrwertsteuern (MWSt), reduzierten Subventionen, verbesserter öffentlicher Verwaltung, strengerer Geldpolitik und stärker liberalisierten Handelsvorschriften. Marokko und Tunesien traten dem GATT bei und begannen mit der Freigabe der Wechselkurse, steuerlicher Modernisierung, Handels- und Finanzreformen ebenso wie Privatisierungen. Die drei Länder unterzeichneten in den 90er Jahren auch Übereinkommen mit der EU, die Zugang zu neuen Märkten und Unterstützung der EU für Projekte mit sich brachten. Diese Länder kamen im Anschluss in den Genuss höherer Faktor-Produktivitätsgewinne und relativ stärkeren Wachstums pro Kopf als in vielen Öl produzierenden Ländern (Abad und Davoodi).

38. Aber in anderen Ländern erwies sich der Reformimpuls als schwächer und verblasste im weiteren Verlauf. Beispielsweise machte Ägypten mit exzessiven administrativen Kontrollen eine Rolle rückwärts bei den Reformprogrammen. Der Libanon unternahm ebenfalls Reformen, aber auch diese wurden verwässert, teilweise wegen des schwierigen Erbes eines katastrophalen Bürgerkrieges und fortgesetzter Besetzung Syriens. Algerien, Syrien und der Jemen waren bei ihren Reformbemühungen partieller. Algerien litt nach dem Zusammenbruch des Ölpreises unter ernststen makroökonomischen Ungleichgewichten und hatte demzufolge Ausgabendisziplin zur Begrenzung des Defizits beschlossen. Aber es war bei der Annahme struktureller Reformen langsam und gab später mehrere Handelsliberalisierungsmaßnahmen auf, die es zuvor ergriffen hatte. Analog wurden die syrischen Reformen nicht unterstützt, während der Jemen es einfach unterließ, seine Volkswirtschaft zu diversifizieren, obwohl es ihm gelang, ein offeneres Handelssystem einzuführen.

39. Die Golfstaaten von Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Kuwait, Katar und Oman, genossen lange relativ offene Handels- und Kapitalbewegungspolitiken, sie wurden jedoch alle durch den Rückgang der Ölpreise in nachteiliger Weise betroffen. Dies inspirierte die kleineren Golfstaaten dazu, ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Diversifizierung voranzutreiben. Oman beispielsweise begann eine Politik der Privatisierung und führte weniger restriktive Gesetze für ausländische Kapitalinvestitionen ein. Saudi-Arabien war jedoch bei seinem Reformprozess sehr viel langsamer, und der Staat spielt dort nach wie vor eine vorherrschende Rolle in einer Wirtschaft, die völlig von Öleinnahmen abhängig ist. Die Staatsfinanzen in der Monarchie

sind undurchsichtig, während die Verteilung des Ölreichtums äußerst ungleichmäßig und mehr auf Verbrauch als auf Investitionen orientiert ist. Eine erstaunlich hohe Konzentration des Reichtums schränkt die Inlandsnachfrage ein, begrenzt das Potential für das Errichten lokaler Produktionseinheiten und mindert den Anreiz, kleine und mittelständische Unternehmen zu gründen. Die dirigistischen Politiken in verschiedenen Ländern zerstörten sogar lokale Bazar-Strukturen und die Kaufmannsklasse, die einst florierte. Dieses sind einige der ernstesten Hindernisse für eine sich selbst tragende Entwicklung in der Region.

### **III. DER FLUCH DES ÖLREICHTUMS**

40. Der riesige Ölreichtum der MENA-Region – 60 % der weltweiten Ölreserven, 25 % der Erdgasreserven und ein 44%iger Anteil am weltweiten Ölhandel und sehr geringe Öl- und Gasproduktionskosten (Tempest) – mindern ironischerweise die Anreize zur Verbreiterung des Fundaments für die wirtschaftliche Entwicklung. Ölreichtum schaffte ein bequemes Mittel zur Deckung des unmittelbaren Konsumbedarfs, hat aber dahin tendiert, Maßnahmen zu entmutigen, die nachhaltigere und breiterbasierte Formen der Entwicklung befördern könnten. Die Öleinnahmen lieferten sicherlich einen anfänglichen Anstoß für rasche wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der gesamten Region sowohl für die Öl produzierenden Volkswirtschaften als auch für die ressourcenarmen Nachbarn, die von Überweisungen durch Arbeitskräfte, Transitgebühren und Hilfeleistungen seitens ihrer ölreichen Partner profitierten. Sie alle verwendeten Öleinnahmen zur Zeichnung wichtiger Sozialprogramme, die dazu beitrugen, diesen glücklichen Gewinn umzuverteilen.

41. Über dreißig Jahre nahm das Pro-Kopf-Einkommen in Öl produzierenden Staaten mit einer Rate von 1,3% pro Jahr ab, während die nicht Öl produzierenden Länder in der Region um durchschnittlich 2% pro Jahr wuchsen. Diesen Nicht-Öl-Produzenten gelang es damit, mindestens bis in die 90er Jahre mit dem Rest der sich entwickelnden Welt Schritt zu halten, anschließend ging ihr Pro-Kopf-Einkommenswachstum ebenfalls zurück. Viele der Öl-Exporteure fielen jedoch zurück. Obwohl die Energiepreise jetzt höher sind und aufgrund enger werdender Nachfrageverhältnisse einige Zeit hoch bleiben könnten, gibt es gleichwohl wichtige Gründe, weshalb wirtschaftliche Diversifizierung erforderlich ist. Vor allem werden mehrere Öl produzierende Länder, einschließlich Ägypten, Jemen und Algerien, bald mit Ölproduktionsrückgängen zu tun haben. Mehrere andere Länder nähern sich den Produktionsspitzen im Lebenszyklus ihrer Ölquellen und werden ganz einfach im Laufe der Zeit weniger zu exportieren haben. Nur wenige Staaten in der Region haben Maßnahmen ergriffen, um im Inland Energiesparen zu ermutigen, und so verbraucht die Region immer größere Mengen ihres eigenen Öls. Von Rohstoffen abhängige Volkswirtschaften erleiden auch im Zeitablauf erhebliche Einnahmenschwankungen. Dies kann schädliche Auswirkungen auf die Beschäftigung haben und gleichzeitig die Entwicklungs- und Investitionsplanung verkomplizieren. Unterdessen ist es höchst unwahrscheinlich, dass andere wesentliche Einnahmequellen in der Region, einschließlich Beihilfezahlungen und Überweisungen von Fremdarbeitern, die langfristig möglicherweise abnehmenden, durch Ölexporte erzielten Deviseneinnahmen ausgleichen werden.

42. Hohe Ölexporte und ölbezogene Kapitalinvestitionen lösten in einer Anzahl von MENA-Ländern auch echte Aufwertungen der Währung aus. Dies führte zu einer strukturellen Verschiebung zu Lasten der verarbeitenden Industrie. Der hohe Wechselkurs der lokalen Währungen hat viele im Inland hergestellte Waren aus Preisgründen aus den internationalen Märkten ausgeschlossen und schreckte potentielle Marktteilnehmer davon ab, in Nicht-Öl-Geschäfte zu investieren. Eine neuere Studie legt nahe, dass zwischen

1985 und 1999 überbewertete Wechselkurse das Verhältnis von Industrie-Exporten zum BIP in der Region um 18% jährlich verschlechterte (Iqbal).

43. Das Vertrauen der Wirtschaft auf Öleinnahmen scheint auch Anreize gemindert zu haben, ernsthaft breiter angelegte Reformen zugunsten von Entwicklung durchzuführen. Die Öleinnahmen lieferten lange Zeit ein bequemes, aber gleichwohl volatiles Mittel zur Stützung des Verbrauchs in den exportierenden Ländern. Das Vertrauen auf einen einzigen Rohstoff bewirkte jedoch, dass einige wichtige Volkswirtschaften der Region der Gefahr hoch volatiler Veränderungen ihrer Handelsbeziehungen ausgesetzt waren, während die Muster der Staatsausgaben dahin tendierten, die Auswirkungen von Rohstoff-Preisänderungen extrem zu verstärken. Kuwait, Oman und Iran haben Ölstabilisierungsfonds aufgelegt, in denen Teile der Öleinnahmen im Ausland angelegt werden, um die Auswirkungen von Ölpreisveränderungen auf die nicht auf Öl beruhende Inlandswirtschaft zu mindern. Andere Länder in der Region verfielen jedoch in Einnahmeschwankungen vom Typ "Untergehen oder Schwimmen", die eine schlechte Voraussetzung für das Befördern eines langfristigen nachhaltigen Wachstums schaffen, bei dem die Vorteile einer größeren Allgemeinheit zugute kommen.

#### **IV. HANDEL**

44. Wie oben erwähnt, ist ein damit verbundenes Problem für die Region die geringe Integration in die internationale Wirtschaft, ihr abnehmender Anteil an den Weltexportmärkten und ihr geringes Niveau des intraregionalen Handels. Die MENA-Volkswirtschaften gehören zu den am stärksten abgeschotteten in der sich entwickelnden Welt. Das Problem ist, dass der globale Wettbewerb schärfer wird. Neue Teilnehmer an der Weltwirtschaft, wie Mitteleuropa und die aufblühende kommerzielle Macht von Asien und Lateinamerika, sind sehr viel weiter gehend global vernetzt als die MENA-Region. Ohne dramatische Reformen wird die Region große Mühe haben, wettbewerbsfähig zu sein, dies selbst auf den Gebieten wie Textilien, wo es ihr gelang, für sich eine Marktnische zu erschließen.

45. Die meisten Entwicklungsökonomien erkennen nunmehr an, dass ein die Armut senkendes wirtschaftliches Wachstum ohne einen gewissen Grad von Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft nicht erreicht werden kann. Handel wird nun weitgehend als ein entscheidendes Gegenstück zu Reformen, Investitionen und Hilfe bei der Förderung nachhaltiger Entwicklung verstanden. Die internationale Wirtschaft bietet nicht nur Exportmärkte für lokal hergestellte Waren, sie schafft auch Kapital für Investitionen, Wettbewerb, um sicherzustellen, dass die Firmen auf wettbewerbsfähigen Fundamenten aufgebaut sind, sowie ein Mittel zur Begrenzung von Preisen. In der MENA-Region, wo Importsubstitution ein wesentliches Merkmal des alten Entwicklungsmodells war, bleibt das Niveau des Protektionismus ziemlich hoch. Dies trieb die Kosten nach oben und benachteiligte die Exporteure der Region. Der Protektionismus hat daher die Diversifizierung weg vom Ölsektor umso schwieriger gestaltet. Nicht überraschenderweise sind es die ölarmen Länder, wie Tunesien, Marokko, Libanon und Jordanien, die einen vernünftigen Grad von Diversifizierung erreicht haben, während ölreiche Länder sich an dieser Front sehr viel schlechter geschlagen haben.

46. Tatsächlich kann die Region abgesehen von Erdöl und Erdgas wenige Exporte vorweisen, und ihre Volkswirtschaften gehören weltweit zu den am stärksten geschützten.

Abgesehen von der Energie tendieren die MENA-Länder dazu, geringwertige Fertigerzeugnisse zu exportieren, während sie die meisten Teile für ihre sehr ineffiziente vertikal integrierte industrielle Basis importiert (Iqbal). Hohe Zollhürden, überbewertete Währungen, hohe regionale Transport- und Dienstleistungskosten, schlechte, undurchsichtige und häufig korrupte Grenzkontrollen und eine Vielzahl von administrativen nicht-tarifären Hemmnissen bilden allesamt Handelshemmnisse. Auf regionaler Ebene gibt es eine sehr geringe kommerzielle Integration zwischen den MENA-Ländern. Das Niveau der intraregionalen Exporte unter arabischen Ländern schwankte über die letzten zwei Jahrzehnte zwischen 8 und 9 % im Vergleich zu 22% bei den ASEAN-Ländern (Association of Southeast Asian Nations – Wirtschaftsvereinigung südostasiatischer Staaten) und 25% bei den MERCUSOR-Ländern (South American Common Market – Südamerikanischer gemeinsamer Markt) (Nabli). Die MENA-Länder treiben aber Handel untereinander, dies zweimal so viel, wie sie mit dem Rest der Welt Handel treiben. Mit Ausnahme des Erdöls und seiner Derivate sind die auf intraregionaler Ebene am meisten gehandelten Produkte frisches Obst und Nüsse, frisches Gemüse, lebende Tiere, Plastikmaterialien und Eisen- und Stahlprodukte, die bei inländischer Verarbeitung einen sehr geringen Mehrwert erbringen. (MENA Trends Reports).

47. Obwohl ähnliche Profile industrieller Produktion der Volkswirtschaften der Region nahe legen könnte, dass die Gewinne aus einem offenen intraregionalen Handel wahrscheinlich am Anfang keine übergroßen Folgen hätten, so würde doch die Freigabe von Dienstleistungen einen sehr viel weiter gehenden sofortigen positiven Effekt haben. Die Dienstleistungen sind in großen Teilen der MENA-Region sehr hochpreisig und von geringer Qualität, und dies hat lange Zeit andere Sektoren benachteiligt. Die Liberalisierung von Dienstleistungen für regionalen Wettbewerb würde den Herstellern durch Senken der Einstandskosten zugute kommen. Natürlich sollte die intraregionale Dienstleistungsintegration nur ein erster Schritt zur weiter gehenden kommerziellen Integration und zur vollen Teilnahme der Region an einem liberalen multilateralen Handelssystem sein. In der Tat sollte letzteres das Endziel sein (Hoekman und Messerlin).

48. Es gibt einige Anzeichen der Verbesserung an dieser Front. Die tunesische Regierung hat in zunehmendem Maße die Importquoten bei Textilien, Kraftfahrzeugen und landwirtschaftlichen Produkten abgebaut, während Marokko die meisten seiner Quoten abgeschafft hat. Algerien bewegte sich etwas zögerlicher an dieser Front, während Jordanien und Ägypten beim signifikanten Abbau quantitativer Restriktionen einige Fortschritte machten. Syrien und der Libanon haben jedoch die Handelshemmnisse hochgehalten.

49. Die Euro-mediterrane Partnerschaft (EMP) hilft, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels zwischen der Europäischen Union und 12 nicht der EU angehörenden Mittelmeerländern zu vertiefen. Sie erweiterte den zollfreien Zugang zu einer Reihe von in beiden Richtungen gehandelten Produkten, obwohl mehrere entscheidende, aber sensible Sektoren außen vor bleiben. Darüber hinaus erstreckt sich die Partnerschaft über die Angelegenheiten des gegenseitigen Handels hinaus; sie umfasst auch eine Menschenrechtsklausel (Artikel 2) und befürwortet nachdrücklich eine subregionale Kooperation. Marokko, Tunesien, Jordanien und Ägypten beispielsweise bildeten die im Mai 2001 zur Schaffung einer subregionalen Freihandelszone als erster Schritt zum Aufbau einer größeren EU-Mittelmeer-Freihandelszone gegründete "Agadir Gruppe". Die Europäische Union liefert auch Finanzmittel nach dem MEDA-Programm, dem wichtigsten Vehikel der Europäischen Union für die Gewährung technischer und finanzieller Hilfe für die

Region. Die Europäische Union gab zwischen 1995 und 1999 ca. 5 Milliarden Euro aus und stellte ca. 5,4 Milliarden Euro für die aktuelle Programmperiode von 2000 bis 2006 bereit. Das Ziel ist, bis 2010 eine Freihandelszone von 600 bis 800 Millionen Menschen zu schaffen, die ungefähr 40 Länder umfasst.

50. Wenn man sich die Exporttrends gerade auch in Nordafrika ansieht, ergibt sich, dass trotz des bevorzugten Zugangs zu den EU-Märkten die Marktanteile dieser MENA-Länder seit 1980 wesentlich abgenommen haben. Dies beruht sowohl auf dem Wettbewerb aus anderen Entwicklungsländern als auch auf den vielen Restriktionen, die die Europäische Union Staaten auferlegt, die bevorzugten Zugang erhalten. Beispielsweise haben die landwirtschaftlichen Exporte es mit einer Reihe von nicht-tarifären Handelshemmnissen zu tun, wenn sie auf den EU-Markt kommen (Ghoneim, von Hagen und Wolf).

51. Schließlich gibt es Anzeichen einer verstärkten arabischen Kooperation mit Israel auf dem Gebiet der Wirtschaft. Sowohl Jordanien als auch Ägypten haben beispielsweise zusammen mit Israel qualifizierte industrielle Zonen begründet. In diesem Fall genießt die Produktion mit gemeinsamem Beitrag seitens Israel und der Partnerländer bevorzugten Zugang zur US-Wirtschaft. Die Integration Israels, einer hoch entwickelten Volkswirtschaft, in ein System der intraregionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Handels würde eindeutig enorme Vorteile sowohl für Israel als auch für die arabischen Länder schaffen. Dies könnte natürlich bedeuten, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen; Fortschritt beim Friedensprozess ist der Schlüssel zur Erleichterung vertiefter wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Israel und seinen Nachbarn.

## **V. AUSLANDSINVESTITIONEN, DAS GESCHÄFTSKLIMA, REGIERUNGSFÜHRUNG UND POLITISCHE REFORM**

52. Das Niveau von ausländischen Direktinvestitionen in der MENA-Region ist außerordentlich niedrig, und auch dies untergräbt die Fähigkeit der Region, zu exportieren und zu wachsen. Schlecht strukturierte Aktienmärkte, das relativ geringe Niveau privater Geschäftstätigkeit, nicht adäquate Ausbildung der Arbeitskräfte, politische Ungewissheit, regionale Unsicherheit, Formalitäten und Korruption schrecken nach wie vor potentielle Investoren ab. Aktuelle Studien der Weltbank und des IWF weisen auf ernste Probleme in den Beziehungen zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor (Iran, Tunesien, Mauretanien und Pakistan), mühsame statistische Datensammlungen (Algerien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate, Marokko und Oman) hin, und ein geringer Grad an steuerlicher und finanzieller Transparenz, insbesondere hinsichtlich Geldwäsche und Terroristenfinanzierung (nahezu sämtliche Länder der Region). Zusammen entmutigen diese Probleme alle Handel auslösenden Investitionsströme (Abed und Davoodi). Steigende internationale und inländische Pressionen treiben jedoch den Wandel an all diesen Fronten voran.

53. Investitionskapital ist in der MENA-Region äußerst knapp, so dass die Firmen dort wenige Möglichkeiten haben, die technischen bzw. physischen Fähigkeiten ihrer Geschäftsbetriebe zu verbessern. Schlimmer noch, viele Firmen der Region sind gezwungen, sich durch ein entmutigendes Netz von Bürokratie durchzuwinden, das ihren Betrieben enorme Kosten aufbürdet. Schlecht entwickelte, undurchsichtige und manchmal korrupte Gerichtswesen führen zu weiteren Belastungen, indem sie Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Vorhersehbarkeit unterminieren, die die Märkte benötigen, um zu gedeihen. Ein Analyst der Weltbank legt nahe, dass es im Wesentlichen aufgrund von

schikanöser Bürokratie und anderen Hemmnissen beim Marktzugang signifikant mehr kostet, einen Geschäftsbetrieb in der MENA-Region zu errichten als in Ostasien und Mitteleuropa (Iqbal).

54. Das Investitionsumfeld wird noch erschwert durch ungenügende Rechenschaftspflicht und Transparenz der Regierung. Entsprechend einer Studie der Weltbank generiert die MENA-Region sehr wenig zuverlässige empirische Daten hinsichtlich der Qualität der Regierungsführung. Keine der Regierungen der Region erkennt ausdrücklich den Anspruch der Bürger auf Information durch die Regierung an. In Ägypten wird der detaillierte Regierungshaushalt weder vollständig veröffentlicht, noch wird er außerhalb des Parlamentes diskutiert. Der Iran steht in dieser Hinsicht bei weiterem besser da. Er veröffentlicht seinen Haushalt vollständig und überträgt Parlamentsdebatten im Fernsehen.

55. Die Macht der Parlamente ist im Allgemeinen sehr gering, und es gibt wenig wechselseitige Kontrolle (checks and balances) über die verschiedenen Bereiche der Regierungstätigkeit sowohl in den Monarchien als auch bei den eher pluralistischen Regierungen, wie Algerien, Ägypten und Tunesien. Im Allgemeinen ist die Macht übermäßig konzentriert, und dies reduziert einfach die Möglichkeit von Kontrollen der Macht der Exekutive. Diese Nachteile haben zusammengewirkt, um MENA an einen der untersten Plätze der internationalen Rangliste der Regierungsführung zu setzen, wobei die Ölproduzenten der Region bei weitem am schlimmsten von allen betroffen sind. Nach einem Modell wären, wenn MENA die durchschnittliche Qualität der öffentlichen Verwaltung der südostasiatischen Länder erreicht hätte, seine Wachstumsraten in den letzten Jahren um 1% jährlich höher gewesen (*Better Governance for Development in the Middle East and North Africa*, Weltbank). Der "Transparency International's Corruption Perception Index 2004" setzt eine Reihe von MENA-Ländern in die untere Hälfte ihres globalen Rankings ([www.transparency.org](http://www.transparency.org)).

56. Wie oben ausgeführt, hatten im Staatsbesitz befindliche Unternehmen lange eine privilegierte Position in den Volkswirtschaften der Region inne. Große vertikal integrierte staatliche Monopole und Oligopole haben jedoch den Wettbewerb eingeschränkt, die Preise nach oben getrieben und den Verbrauchern und Privatfirmen minderwertige Dienste untergeschoben, Verhältnisse, die schädliche Dominoeffekte auf andere Sektoren hatten. Obwohl die Geschwindigkeit der Privatisierung in der Region in den letzten Jahren zugenommen hat, haben sich die MENA-Länder an dieser Front langsamer bewegt als die anderen Entwicklungsregionen. Im Laufe der 90er Jahre wurden lediglich \$8,2 Milliarden von im Staatseigentum stehendem Vermögen an den Privatsektor im Vergleich zu \$65 Milliarden in Osteuropa und Zentralasien und \$44 Milliarden in Ostasien und im Pazifik verkauft (Abed und Davoodi). Einige Erfolge wurden jedoch insbesondere in Jordanien verzeichnet, das ein relativ robustes Regelwerk für transparente Privatisierung geschaffen hat. Diese Rahmenbedingungen sind von wesentlicher Bedeutung; Privatisierung ohne eine robuste Aufsichtsstruktur würde sehr schnell zur Ausschachtung von Anlagen (asset stripping) und korrupten Abverkäufen ohne jeden Vorteil für die Volkswirtschaften führen.

57. Es kann kaum überraschen, dass es auch Probleme in der wirtschaftlichen Infrastruktur der Region gibt, wenn auch von Land zu Land in unterschiedlicher Weise. Die Golfstaaten, Libanon, Jordanien, Tunesien und Marokko verfügen über eine relativ gute und in einigen Fällen sogar eine ausgezeichnete Infrastruktur. Mehrere Städte am Golf sind perfekt modernisiert und verfügen über Informationsnetzwerke nach dem modernsten Stand der Technik. Aber sie sind durchaus die

Ausnahme. Im Allgemeinen sind die Straßensysteme in der Region angemessen gut ausgebaut. Die regionalen Telekommunikationsnetze sind jedoch weniger robust, zum Teil wegen des Mangels an Wettbewerb auf diesem Gebiet. Beispielsweise kann es vier Jahre dauern, um in Syrien ein Telefon installiert zu bekommen. Die zunehmende Nutzung von Mobiltelefonen hilft jedoch zumindest bei der Umgehung dieses besonderen Problems, obwohl die Kosten hoch bleiben. Der Elektrizitätssektor ist ebenfalls ziemlich unterentwickelt. Die Elektrizitätsübertragungsverluste in den letzten Jahren näherten sich 16% der Produktion im Vergleich zu 7% in Ostasien, und dies zeigt ein allgemein mäßiger Erfolg beim Energiesparen und Infrastrukturinvestition. Viele der Probleme hier können wieder auf die Existenz von hochpreisigen, wenig Service bietenden öffentlichen Monopolen zurückgeführt werden, die einfach ohne Wettbewerb arbeiten und somit nicht den Ansporn haben, einen höheren Standard zu bieten.

## **VI. POLITISCHE REFORM**

58. Die Arabischen Berichte über die menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen von 2002, 2003 und 2004 bewerteten ebenfalls die MENA-Region hinsichtlich relativer Bildungsniveaus, Analphabetismus, Gleichheit der Geschlechter und Lebenserwartung sowie hinsichtlich Gesundheit, Vielfältigkeit, Transparenz und demokratischer Struktur der öffentlichen Institutionen. Sie verbanden diese Faktoren mit der Entwicklung im weitesten Sinne. Auf vielen dieser Gebiete hat MENA in der Tat sehr schlechte Ergebnisse. Der Bericht verband Entwicklung direkt mit den Problemen der Regierungsführung, der Politik, der Frauenrechte, des Gesundheits- und Bildungswesens – Themen, die in der Region häufig als tabu betrachtet werden. Die Autoren legten dringend besseren Schutz der Menschenrechte, die Stärkung der Rechte („empowerment“) von arabischen Frauen und Maßnahmen nahe, die dazu bestimmt sind, den Gesellschaften der Region zu helfen, Kenntnisse und Informationen besser zu nutzen. Der Bericht katalogisierte systematisch eine Vielzahl von Schwächen, die zweifellos zum großen Teil auf den relativ geringen Entwicklungsgrad der Region zurückzuführen sind. Aber er vermerkte auch ihre Erfolge, einschließlich der Tatsache, dass die Lebenserwartung um ca. 15 Jahre zugenommen hat, der Alphabetismus von Erwachsenen sich verdoppelt hat und der Alphabetismus der Frauen sich verdreifacht hat (Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung, 2002).

59. Die ökonomische Reform ist kaum ein risikofreier und unpolitischer Prozess. Die Regime mit einem auch nur geringfügigen Anspruch auf Legitimität werden sich unweigerlich bedroht fühlen, indem sie Politiken einführen, die Transparenz, den freien Informationsaustausch und die selbständige Tätigkeit von Unternehmen voranbringen. Privatisierungspläne werden beispielsweise häufig von unsicheren Eliten als ein unannehmbares Abtreten eines zweckmäßigen Machthebels gesehen. Dass diese Industrien häufig eine wichtige Quelle zusätzlichen Einkommens entweder für die politische Klasse oder für ihre Klientel darstellen, macht Verkäufe umso schwieriger. Selbst die aufgeschlosseneren Regierungen der Region haben klientelistische Techniken verwendet, um ihre eigene Legitimität zu unterfüttern, und sie machen sich demzufolge Sorgen über die politischen Folgen der Marktreform.

60. Wirtschaftsreformen können sich nicht ohne einen gewissen Grad politischer Veränderung entwickeln. Die Märkte erfordern Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, stabile Grenzen, entsprechende gerichtliche Kontrolle und mehr Spielraum für persönliche Freiheit. All dies war in der Region in ungenügendem Maße vorhanden. In der Tat sind die MENA-Länder gleichzeitig mit einer echten Herausforderung, gleichzeitig wirtschaftliche und politische Veränderungen durchzuführen, konfrontiert; Bewegung an der einen Front

wirkt sich unvermeidlich auf die andere aus, häufig in unvorhersehbarer Weise. Angesichts der einzigartigen politischen und wirtschaftlichen Umstände in jedem der Länder der MENA-Region wird die Reform wahrscheinlich auf sehr unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten vorankommen. Dies ist ein Grund, weshalb die Zukunft der Region heute so unsicher erscheint. Der Generationswechsel bei der Führung, der seit 2000 stattfindet, hat anscheinend die Reformschritte beschleunigt, es bestehen jedoch alte Sorgen hinsichtlich der Stabilität des Regimes und anachronistischen Interessenausgleichs zwischen Staat und Gesellschaft weiter. Während die marokkanische und die jordanische Führung es geschafft haben, sich ein modernes Image zu geben, machte Bashar al-Assad in Syrien ebenso wie andere Konzessionen an die mächtigen alten Stützen des Regimes, das er von seinem Vater geerbt hat.

61. Der Druck seitens der Zivilgesellschaft und die internationale Gemeinschaft in Richtung politischer Veränderung nimmt zweifelsfrei zu, und die Regierungen der MENA beginnen zu reagieren, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes scheint die Bevölkerung des Libanon mobilisiert zu sein, nicht nur um die syrischen Streitkräfte aus dem Land hinauszudrängen, sondern auch um eine stärker rechenschaftspflichtige und transparentere Regierung zu fordern. Die saudischen Behörden scheinen ebenso wie andere Regierungen am Golf jetzt in zunehmendem Maße zu erkennen, dass eine gewisse Öffnung des öffentlichen Lebens möglicherweise unvermeidbar ist, wenn auch Veränderungen in jener Gesellschaft nur mit der Geschwindigkeit eines Gletschers vorankommen. Darüber hinaus scheint die Rhetorik über die Notwendigkeit zu reformieren manchmal für ein internationales Publikum ausgedacht zu sein und verdeckt eine tiefer verwurzelte Unwilligkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel bereitwillig anzunehmen. Ägyptens autoritärer Präsident Hosni Mubarak, der unter zunehmendem Druck seitens der ägyptischen Gesellschaft und der Vereinigten Staaten – der Hauptquelle seines Landes für Auslandshilfe – steht, erlaubte im Wettbewerb stehenden politischen Parteien, nach drei Jahrzehnten der Notstandsregierung erstmals an den Wahlen im September teilzunehmen (El-Rashidi). Aber die Festnahme eines der führenden Oppositionsvertreter wegen Anschuldigungen, denen es an Substanz am Beginn der Kampagne zu fehlen schien, führte zu einer unmittelbaren Frage hinsichtlich der demokratischen Legitimität der Wahl. Dies weist auf ein Muster eher rhetorischer als realer Reform hin, die sich kaum auf Ägypten beschränkt.

62. Obwohl solche Widersprüche zwischen Reformrhetorik und politischer Wirklichkeit die Norm waren, gibt es sogar bei Teilen der regierenden Elite der Region ein Gefühl dafür, dass harsche autoritäre Praktiken ihre eigenen Gesellschaften tiefer in die Krise treiben und extremistischen Oppositionsgruppen Nahrung liefern, wobei die Beziehungen zum Westen beschädigt und schließlich ihre eigene Position an der Macht noch fragiler werden. Die Ereignisse seit dem 11. September 2001 haben die Situation weiter verkompliziert. Der Kampf gegen den Terror hat einige Regime dahingehend beeinflusst, bei Unterdrückung von bürgerlichen Freiheiten und demokratischer Bewegungen noch schärfer vorzugehen; dies scheint jedoch nur stärkere Verfremdung und größere Instabilität auszulösen. Seinerseits war der Westen sicherlich bei der Verurteilung des Einsatzes von Folter in der gesamten Region nicht einmütig. In einem neueren Berufungsverfahren im Vereinigten Königreich wurde beispielsweise kürzlich entschieden, dass durch Folter in einem anderen Land beschaffte Beweise in Gerichtsverfahren im Vereinigten Königreich eingeführt werden können (Gillan). Die Zensur nahm in mehreren Fällen zu. Die Bekämpfung des Terrorismus verändert auch die Verbindungen der Region

zur Außenwelt. Die Anzahl von arabischen, in Amerika studierenden Studenten nahm beispielsweise zwischen 1999 und 2002 um 30% ab. Dies trat genau dann ein, als eher mehr und nicht weniger Kontakte benötigt wurden, um die Aufgeschlossenheit der Region gegenüber neuen Ideen zu befördern (Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2003). Zu ihrer Verteidigung sei gesagt, dass die US-Regierung jetzt bemüht ist, mehr Studenten aus der Region zu veranlassen, in den Vereinigten Staaten zu studieren. Es sollte angemerkt werden, dass viele europäische Universitäten von den strengeren amerikanischen Kontrollen von Studenten profitiert haben, und einige US-Beamte hatten Zweifel bezüglich einer Politik, die in einer Dienstleistungsbranche, die Millionen von Dollar pro Jahr erwirtschaftet und gleichzeitig das Reservoir an Knowledge workers erhöht, für sie zu einem Wettbewerbsnachteil führen kann.

63. Internationale Medien spielen eine wesentliche Rolle bei der Förderung kritischer öffentlicher Debatten. Während einige Kommunikationsmittel, wie z.B. Telefone und Internet, lediglich einer reichen Minderheit zur Verfügung stehen, ist Satellitenfernsehen umfassend verfügbar. Die Menschen erfahren heute Nachrichten – sogar über ihr eigenes Land – von dem in Katar basierten Sender Al Jazira, dem arabischen Gegenstück von CNN, nicht aus lokalen Medien. Seine Berichterstattung ist frei von Intervention durch nationale Zensoren, die über nationale Grenzen hinaus nicht tätig werden können. Die Menschen in der Region haben begonnen, umfassende politische, soziale und wirtschaftliche Informationen zu schätzen. Diese stehen häufig im Widerspruch zu offiziellen Regierungspositionen. Eine offene Medienlandschaft wird eine zentrale Rolle im Reformprozess zu spielen haben.

64. Es gibt weitere Faktoren, die wahrscheinlich die Veränderung in den kommenden Jahren beschleunigen werden. Sicherlich hat der Schock über den Irak-Krieg enorme Unsicherheit und Bewegung in die Region gebracht. Der sich graduell verbessernde Dialog zwischen neuer und revitalisierter palästinensischer Führung und der Regierung Sharon könnte eine bedeutende Veränderung in der strategischen Landschaft der Region einleiten. Die Schließung der israelischen Siedlungen in Gaza im vergangenen August könnte dazu beitragen, die Fundamente für ein umfassenderes Übereinkommen zu legen, der Auswirkungen auf die gesamte Region hätte. Die Situation bleibt natürlich hoch fragil, und der Dialog kann an jedem beliebigen Tag durch Berichte über Selbstmordanschläge auf israelische Soldaten und Zivilpersonen oder Vergeltungsschläge der israelischen Streitkräfte unterbrochen werden. Dies vorausgeschickt, könnte Fortschritt beim Friedensprozess des Mittleren Osten mittel- und langfristig die Belagerungsmentalität lindern, die Teile der Region beherrscht. Auch würde sie einen der wesentlichsten Vorwände unterminieren, hinter denen sich mehrere der Regierungen der Region verstecken, um interne Reformen zu vermeiden.

65. Der Mittlere Osten befindet sich eindeutig im Wandel. Nach dem französischen politischen Analysten Oliver Roy steht es außer Frage, dass die amerikanische Intervention im Irak für einen Teil der aktuellen Bewegung in der Region sowohl im positiven als auch im negativen Sinn verantwortlich ist (Roy). Die internationale Gemeinschaft hat klar signalisiert, dass der alte politische Status quo nicht länger akzeptabel ist. Palästinensische und irakische Wahlen ebenso wie Syriens Rückzug aus dem Libanon und Wahlen dort haben lange gepflegte Hypothesen über die Politiken der Region erschüttert (Stephens).

66. Pressionen und Anreize von außerhalb werden sehr stark die Nachhaltigkeit von Reformen in der Region gestalten, aber die lokale Führung des Reformprozesses wird für den letztendlichen Erfolg von entscheidender Bedeutung sein. Pressionen von außen laufen Gefahr, als Neokolonialismus gesehen zu werden und könnten demzufolge das Gegenteil bewirken. Demokratie kann nicht ohne die Art politischer Legitimität funktionieren, die durch die lokale Führung erzeugt wird, wenn sie nicht korrekt angewandt wird, ganz gleich welche Form sie annimmt. Die Legitimität in großen Teilen der MENA-Region ist im Nationalismus und im Islam verwurzelt. Jeder Prozess der Demokratisierung muss deshalb irgendeine Regelung mit beiden finden, und dies wird wahrscheinlich bedeuten, dass sie mit Merkmalen ausgestattet wird, die dem Westen nicht unbedingt vertraut sind. Insbesondere in Palästina kann sie schließlich erfordern, dass man zu einer gewissen Einigung mit Gruppen wie Hamas und Hisbollah kommt, mit denen der Westen im Prinzip nichts zu schaffen haben will. Diese Gruppen nehmen aber in zunehmendem Maße parlamentarische und zumindest quasi-demokratische Formen an. Oliver Roy merkte an, dass durch Wechsel von radikalen zu konservativen politischen Agendas viele solche Bewegungen sich auf Familienrecht und persönlichen Status zu Lasten von Fragen, wie z.B. Frauenrechte, konzentrieren. Im Gegensatz dazu scheinen autoritäre und vermeintlich säkulare Regime, wie Tunesien und Syrien, keine Agenda mit großer Resonanz in ihren Gesellschaften zu haben. Der Hauptfehler des Westens und insbesondere Europas war es nach Roy, autoritären Säkularismus gegenüber Demokratie mit dem Ziel, der "islamischen Bedrohung" Einhalt zu gebieten, zu favorisieren, womit Säkularismus und Demokratie nach Meinung vieler Muslime entkoppelt wurden, während immer noch behauptet wurde, dass die beiden untrennbar seien (Oliver Roy, Financial Times, 12. April 2005). Jedoch konzentriert sich Europa ebenso wie sein amerikanischer Alliiertes in zunehmendem Maße auf die Frage der Demokratie (Roy).

67. Es gibt auch ein Problem mit arabischen Vorstellungen hinsichtlich der amerikanischen Motive in der Region. Ein neuerer Artikel im Economist erfasste dieses Dilemma recht gut: "Meinungsumfragen unter Arabern ... die letztes Jahr durch Zogby International und die Universität Maryland durchgeführt wurden, schreiben den Motiven der Amerikaner im Mittleren Osten himmelschreienden Zynismus zu, insbesondere in Ländern wie Jordanien und Saudi-Arabien, deren Regierungen amerikafreundlich sind. Mit überwältigender Mehrheit denken die Araber, dass "Öl" und "Israel" und nicht der Wunsch, Demokratie zu fördern, die amerikanische Politik in der Region bestimmen, so dass sowohl Europa als auch Amerika ernste Probleme mit der arabischen Öffentlichkeit haben. Der Aufbau der Demokratie in der MENA-Region wird ein langfristiges, ja sogar mehrere Generationen umfassendes Projekt sein. Wahlen sind nur ein kleiner Teil der Herausforderung, der Aufbau funktionierender ziviler Institutionen und offener Rechtssystem, das Einimpfen einer Kultur der Toleranz und der Debatte, das Finden eines neuen Gleichgewichts zwischen klerikaler und säkularer Autorität und wirtschaftliche und politische Stärkung von Frauen sind sogar noch wichtiger, und es könnte Jahre dauern, sie zu erreichen." (*The Economist*, 30. Juli 2005).

68. Die Erklärung von Sanaa vom Januar 2004, die die Mitglieder der Arabischen Liga zum Schutz der Menschenrechte, zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und marktwirtschaftlichen Systemen verpflichtet, war ein wichtiger erster Schritt. Im Anschluss an diese lokale Initiative im Juni 2004 startete die G8 ein "Partnership for Progress and a Common Future" (Partnerschaft für Fortschritt und eine gemeinsame Zukunft) mit der Erweiterten MENA-Region mit dem Ziel, Versuche der Konfliktlösung demokratischer und wirtschaftlicher Reformen in der Region zu unterstützen. Die NATO ergänzte dies bei

ihrem Gipfel im gleichen Monat mit der Kooperationsinitiative von Istanbul, die dazu bestimmt ist, Partnership for Peace-Beziehungen mit den Ländern der Region zu schmieden und eine verstärkte praktische Zusammenarbeit über den Mittelmeer Dialog hinaus zu gestalten. Parallel dazu hat die Parlamentarische Versammlung der NATO auch die Beziehungen zu vielen Parlamenten in der Mittelmeerregion dadurch aufgewertet, dass der Status der Mediterranean Associate Delegation geschaffen wurde. All dies legt nahe, dass es Raum für eine erneute transatlantische Kooperation bei der Ausarbeitung eines Lösungsansatzes für die Region gibt, der dazu beitragen wird, einen internationalen Kontext für positive Veränderung zu schaffen, und der nach Ron Asmus vom Deutschen Marshall Fund sogar der Katalysator für eine Verjüngung der Atlantischen Allianz sein könnte. Aber dieser Schub dürfte sich nicht einfach nur auf die Problemstaaten der Region beschränken; mehrere so genannte freundlich gesinnte Regierungen in der Region sind hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte heftig zu kritisieren, und, es ist nicht überraschend, sie verfolgen Politiken, die kaum zu wirtschaftlicher und politischer Veränderung führen.

69. In der Tat halfen die Angriffe vom 11. September amerikanischen und europäischen politischen Führern dabei zu erkennen, dass Unterentwicklung und die Schwäche der Demokratie in der MENA-Region ein gefährliches Problem darstellte, das den alten Status quo unhaltbar macht. Die Herausforderung liegt in der Entwicklung eines neuen Lösungsansatzes bei einer Region, die sowohl Europa als auch Amerika mit einem gewissen Misstrauen betrachtet. Längs dieser Linien schickt sich die Europäische Union an, eine Multimillionen-Euro-"Governance-Facility" zur "Stärkung der fundamentalen Voraussetzungen für Demokratie" im Mittleren Osten und Nordafrika zu schaffen. Zu dieser Frage scheinen die Europäische Union und die Vereinigten Staaten in zunehmendem Maße vom gleichen Blatt zu singen (Beatty). Der Vorschlag ruft alle mediterranen Partner auf, sämtliche UN- und regionalen Chartas hinsichtlich ziviler, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Recht bis 2010 zu ratifizieren und umzusetzen.

## **VII. SCHLUSSFOLGERUNGEN**

70. Wenn die MENA-Region eine schnelle Zunahme der Arbeitslosigkeit vermeiden will, wird sie Wachstumsraten von fast 6 bis 7% jährlich während einer längeren Zeitperiode erreichen bzw. ihre aktuelle Wachstumsrate mehr als verdoppeln müssen. Angesichts der Vielfalt von politischen Schwächen, die die Volkswirtschaften der Region bestimmen, ist dies kein unmögliches Ziel, wenn Schlüsselreformen durchgeführt werden. Es können große Gewinne erzielt werden, wenn einfach eine Reihe von politischen Veränderungen beschlossen werden, die Folgendes umfassen:

- Reform der Bildungssysteme, so dass die Region besser in der Lage ist, Wissensarbeiter, Ingenieure und kaufmännische Führungskräfte anstelle von Beamten hervorzubringen;
- Rationalisierung von Vorschriften;
- Unterstützung ökonomischer Diversifizierung und insgesamt ein gemindertem Vertrauen auf Erdöl- und Erdgas-Exporte;
- Arbeitsmarktreform, einschließlich Initiative zur Aufweichung der Vollbeschäftigungsgarantie durch den Staat, nicht nur de facto, sondern auch de jure;

- höhere Integrationsniveaus in die globalen Handels- und Finanzsysteme, signifikanter Abbau von Zöllen und Kontingentierungen und Abschaffung oder Herabsetzung von preisverzerrenden Beihilfen;
- eine allgemeine Öffnung der nationalen politischen Systeme, um eine breitere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entscheidungsfindung und das Entstehen demokratischer und pluralistischer Kulturen sicherzustellen, die dem einzigartigen historischen und kulturellen Umfeld der Region angepasst ist;
- Rationalisierung von staatlichen Institutionen und ein verbessertes rechtliches bzw. gerichtliches Klima;
- Steuer- und Währungsreform;
- Privatisierung von staatlichen Industrie-Unternehmen mit der Partizipation strategischer Investoren, aber lediglich nach entsprechender Überprüfung, wenn Gesetze und Institutionen vorhanden sind, um transparente und Effiziente Privatisierungsprozesse sicherzustellen;
- die Bereitstellung von Anreizen für die Entwicklung von mittelständischen Unternehmen;
- größere Transparenz bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und Fiskal-Politik.

71. Die Arbeitslosigkeit ist möglicherweise die größte unmittelbare und langfristige Herausforderung für die Region. Wenn es nicht gelingt, neue Arbeitsplätze zu schaffen, entstehen ernste politische Risiken. Die Erfahrung anderer Entwicklungs- und Schwellenländer legt nahe, dass die Arbeitsproduktivität um 2 bis 3% jährlich allein durch größere internationale Integration zunehmen könnte. Eine erweiterte Rechenschaftspflicht von Institutionen und Behörden könnte zusätzlich 0,8 bis 1,3% Wachstum bringen, während eine wesentlich gesteigerte Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt 0,7% zusätzliches Pro-Kopf-Wachstum des BIP bringen könnte. Insgesamt könnten politische Veränderungen wie diese eine Steigerung des Wachstums der Arbeitsleistung pro Arbeitnehmer von 2,5 bis 3,5% jährlich bringen. Dies würde dazu beitragen, langfristige finanzielle Direktinvestitionen in die Region anzuziehen und den Prozess der wirtschaftlichen Rationalisierung der für langfristige Zunahme von Arbeitsplätzen wesentlich ist, beginnen.

72. Die MENA-Region steht derzeit im Begriff, aus einem möglicherweise dauerhaften Anstieg bei Erdöl- und Erdgaspreisen zu gewinnen. Sich ändernde globale Nachfragebedingungen, die durch explosives Wachstum in China und Indien betrieben werden, lassen in zunehmendem Maße vermuten, dass die Erdölexporture der Region durchaus in den Genuss eines nachhaltigen Zusatzgewinns durch Öl kommen könnten. Aber dies wird nicht ausreichend sein, um den wirtschaftlichen Erfordernissen der Region gerecht zu werden. Effizientere und transparentere Mittel werden benötigt, um diesen Reichtum in einer Weise zu verwalten, zu bewahren und zu investieren, die breiter gefasste Entwicklungsziele voranbringt. Ölvorkommen können hinsichtlich der Entwicklung ein Fluch sein, wenn sie nicht ordentlich bewirtschaftet werden; isolierte Volkswirtschaften basierend auf dem Export einer einzigen Ware, tendieren dahin, wenig Resonanz und wenig Verbindungen zurück in die sie umgebenden aufgeschlosseneren Gesellschaften zu haben.

73. Bankreformen in der MENA-Region werden für den gesamten Reformprozess von entscheidender Wichtigkeit sein. Die Finanzinstitute der Region müssen stärker auf tatsächliche wirtschaftliche Chancen und weniger auf Forderungen nach politischer Allokation von Kapital reagieren. Im staatlichen Eigentum stehende Banken haben üblicherweise Gefälligkeitsdarlehen an politisch verbundene staatliche Unternehmen

vergeben – eine Praxis, die nicht nur die öffentlichen Schulden erhöhte und gleichzeitig unternehmerischer geführte Geschäftsbetriebe benachteiligte. Die Investmentbanking-Kapazität in der gesamten Region ist sehr schwach. Der Bankensektor muss sehr viel stringenter reguliert und transparenter werden. Er schreitet auch nach mehr Wettbewerb. Aktuell gibt es Einschränkungen bei grenzüberschreitenden Fusionen und ernste Zwänge hinsichtlich im ausländischen Eigentum stehender Banken. Dies wird teilweise getrieben von der Furcht vor westlichem Kolonialismus mit finanziellen Mitteln. Finanzielle Kirchturmpolitik hat jedoch die Fähigkeit dieses entscheidenden Sektors zur Modernisierung beschränkt (Wilson). Letztlich würde eine gewisse Kombination von Privatisierung und Abbau finanziellen Protektionismus', soweit er besteht, hilfreich sein.

74. Das Erreichen von raschem Wachstum in der Region wird in der Tat nur durch eine signifikante Erweiterung des Privatsektors möglich sein. Dieser Sektor kann jedoch keine führende Rolle spielen, ohne die Mittel zu entwickeln, um den Firmen Kapital zuzuführen, die das größte Potential haben, eine wettbewerbsfähige Position vor Ort und in der internationalen Arbeitsteilung einzunehmen. Der Privatsektor in der MENA-Region ist im Vergleich zu den meisten Entwicklungsländern ziemlich klein. Er wird durch Mangel an Kapital handlungsunfähig gemacht, durch Überregulierung und hoch-tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse behindert. Die Gründungskosten für neue Firmen sind erschreckend hoch; Einhaltung von Vorschriften, hohe Steuern, byzantinische und undurchsichtige Rechtssysteme und manchmal offene Begünstigung von nationalen Champions reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Region und entmutigen Auslandsinvestitionen, die normalerweise ein wichtiger Katalysator für Entwicklung wären. Rent seeking ist als Ergebnis dessen weit verbreitet, und private Firmen haben keine andere Wahl, als einen Stab von Sachverständigen und politischen Insidern anzuheuern, die fähig sind, in einem verordnungsrechtlichen und rechtlichen Minenfeld zu navigieren.

75. Die Regierungen der Region müssen dementsprechend umfassende Strategien anwenden, um das Geschäftsklima dadurch zu verbessern, dass regierungsseitige Vorschriften abgebaut, staatliche Holdings, insbesondere Banken, der Telekommunikations- und Dienstleistungsbereich, privatisiert werden, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut, die gerichtliche bzw. rechtliche Transparenz und die Fähigkeit des Staates, das Gesetz systematisch und in transparenter Form anzuwenden, verbessert werden.

76. In vielen MENA-Ländern sind zwei Drittel der Bevölkerung unter 30 Jahre alt, während Europa unvermeidlicherweise altert. Dies legt eine potentiell komplementäre strukturelle Demographie nahe; die Einwanderungspolitiken legen aber nahe, dass jede große Zunahme der Abwanderung nach Europa aus der MENA wahrscheinlich politisch nicht akzeptabel sein wird. Die Hauptherausforderung für die Aufnahmeländer in Europa ist in diesem Stadium die Integration von Migranten und die Prävention des Auftretens von Parallelgesellschaften. Gleichwohl müssen beide Seiten sehen, wie diese demographische Realität gezügelt werden könnte, um die zukünftigen Beschäftigungserfordernisse beider Seiten besser abzudecken. Offensichtlich könnten verbesserte Handels- und Investitionsbeziehungen ein Vehikel dafür sein. Dies sollte eine echte Öffnung der Märkte für die MENA-Region selbst bei so genannten sensiblen Produkten, wie landwirtschaftlichen Produkten, involvieren. Westliche Unterstützung hinsichtlich Regierungsführung, Aufbau von finanziellen Bildungs- und Umweltschutzfähigkeiten muss ebenfalls intensiviert werden. Diese Unterstützung sollte so strukturiert werden, dass eine umfassendere regionale und internationale Zusammenarbeit ermutigt wird.

Unglücklicherweise haben die Ergebnisse der Referenda über die EU-Verfassung in den Niederlanden und in einem geringeren Umfang in Frankreich weit verbreitete Sorgen offen gelegt, dass die Zuwanderung soziale Standards in Europa aufweichen wird. Dies lässt hinsichtlich einer aufgeklärten Herangehensweise an die mediterranen Nachbarn und darüber hinaus nichts Gutes ahnen.

77. Über das letzte Jahrzehnt hat Mittel- und Osteuropa zahlreiche Lektionen sowohl über wirtschaftlichen als auch politischen Wandel gelernt. Die MENA-Region kann viel von deren Erfahrungen lernen, selbst wenn es bedeutende geographische Umwelt- und sonstige Unterschiede gibt. Natürlich gibt es keinen einheitlichen Weg zur Durchführung des Umwandlungsprozesses; aber es gibt gleichwohl gewisse Prinzipien dahingehend, was funktioniert und was nicht. Der Westen mit seinen mittelost-europäischen Beitrittsländern hat große Erfahrung beim Aufbau von internen und externen Standards der Rechenschaftspflicht und Kontrollsystemen. Bemühungen um das Teilen dieser Erfahrungen mit MENA-Regierungen, Oppositionsgruppen und der Zivilgesellschaft im Allgemeinen sollten vertieft werden.

78. Aber dies alles wird nicht funktionieren, wenn keine politischen Änderungen eingeleitet werden. Diese Änderungen müssen demokratisch stärker rechenschaftspflichtige politische Strukturen, transparentere rechtliche und Aufsichtsinstitutionen, freie und unabhängige Medien, mehr Spielraum für eine sich zunehmend artikulierende Zivilgesellschaft, mehr Gleichheit der Geschlechter und verbesserte Bildungssysteme, die in der Lage sind, den Arbeitnehmern Qualifikationen zu vermitteln, die für die Weltwirtschaft adäquat sind, beinhalten. Politische Repression führte zu nicht rechenschaftspflichtigen und alles durchdringenden staatlichen und para-staatlichen Institutionen, die die wirtschaftliche Initiative fast vollständig abgewürgt haben. Repression und Korruption haben breitere soziale und ökonomische Entwicklung verhindert und die Region hinsichtlich sozialer und politischer Explosionen höchst anfällig gemacht. Eine positive politische Veränderung wird eine wichtige Ergänzung für den wirtschaftlichen Wandel sein, und es gibt einen zunehmenden Druck aus der Zivilgesellschaft in der Region in Richtung auf Veränderung. Wenn sich die Staaten der Region nicht bewegen, um diesen Forderungen nachzukommen, könnten die Konsequenzen durchaus katastrophal sein.

79. Echte Reformen in der MENA-Region müssen sich aus deren eigenem kulturellen und historischen Kontext ergeben, werden aber ohne Ermutigung und Unterstützung von außen nicht gelingen. Die Erfolgsaussichten würden sich signifikant verbessern, wenn die Vereinigten Staaten und Europa in der Lage wären, an dieser Front zusammenzuarbeiten. Zu oft haben die Vereinigten Staaten und Europa in der Region mit entgegengesetzten Zielen gearbeitet, und es gibt weiteren Raum für eine vertiefte Zusammenarbeit unter Alliierten (Reiss). Es gibt Anzeichen zunehmender transatlantischer Einigkeit hinsichtlich mehrerer Schlüsselpolitiken, einschließlich des Erfordernisses zur Förderung demokratischer Ideale in der gesamten Region.

80. In dieser Hinsicht sollte die Hilfe für die Region sich darauf konzentrieren, diese Art von Wandel zu bewirken, anstatt den Status quo zu unterstützen. Zu häufig war die westliche Politik in der MENA-Region rhetorisch der Förderung der Menschenrechte gewidmet, sie opferte jedoch bereitwillig diese Ziele, um andere Interessen zu verfolgen: u.a. Zugang zu Öl, kurzfristige Geschäftschancen und Terrorismusbekämpfung. Das Verfolgen dieser Ziele ohne ausgewogene Überlegung hinsichtlich des Bedarfs für

regionalen politischen Wandel trug dazu bei, dass autoritäre Regierungen fester im Sattel saßen, und führte weit verbreitetem Zynismus in der Region hinsichtlich der Motive des Westens.

81. Obwohl die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und einer Minderung der terroristischen Aktivität kaum offensichtlich ist, gibt es keinen Zweifel, dass die Implementierung erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklungsstrategien in der MENA-Region die Nischen der Unterstützung terroristischer Aktivitäten, die heute bei Besitzlosen und politisch Entfremdeten bestehen, unterminieren würde. Wirtschaftliches Wachstum und politische Reformen werden kaum das Problem lösen, aber sie sind mit Sicherheit Teil der Lösung.

82. Die westlichen Regierungen müssen auch zwischen Konstitutionalismus und demokratischer Praxis auf der einen Seite und westlichen liberalen demokratischen Werten bzw. dem Inhalt der Politik auf der anderen Seite unterscheiden. Bei ersterem geht es um Prozesse und Rechte, während es bei letzterem mehr um die politische Kultur und um Ergebnisse geht (Klientelismus). Obwohl demokratische Rechtsordnungen Bedingungen befördern, die zur Entwicklung demokratischer Kulturen führen, wird dies wahrscheinlich nicht unmittelbar und gleichmäßig passieren. Vom Inhalt der Demokratie in der MENA-Region sollte nicht erwartet werden, dass einfach westliche politische Sitten kopiert werden. Sehr wahrscheinlich wird dies wegen sehr unterschiedlichen historischen, kulturellen und religiösen Gegebenheiten nicht der Fall sein. Der Westen wäre deshalb besser beraten, seine Regionalpolitiken auf das Voranbringen demokratischer Prozesse und Formen zu konzentrieren und gleichzeitig der Region genügend Raum einzuräumen, den Inhalt ihrer eigenen demokratischen Existenz auszuarbeiten (beispielsweise unter Zuhilfenahme der Grossen Stammesversammlung Loya Jirga in Afghanistan zur Erzeugung von Legitimität und Konfliktlösung). Der Westen kann jedoch gleichwohl das Entstehen demokratischer Kultur dadurch unterstützen, dass er einen wirtschaftlichen und einen internationalen rechtlichen und sicherheitspolitischen Rahmen bereitstellt, der zum Aufbau von Demokratie führt, während er sich gleichzeitig aktiv auf einen so genannten Dialog der Zivilisationen einlässt. Das Lösen des Konflikts im Mittleren Osten wird für diesen Prozess einen entscheidenden Schub bedeuten und muss eine wesentliche Priorität des Westens bleiben (Aliboni und Guazzone).

83. Eine in Kairo von der US-Außenministerin Condoleezza Rice im Juni 2005 gehaltene Rede könnte eine neue Richtung der US-Politik gegenüber dem Mittleren Osten signalisieren. Die Ministerin Rice erfasst die Angelegenheit recht gut: "60 Jahre lang verfolgten die Vereinigten Staaten Stabilität auf Kosten von Demokratie in der Region hier im Mittleren Osten, und wir erreichten keines von beiden. Jetzt fahren wir einen anderen Kurs ... und unterstützen die demokratischen Bestrebungen des Volkes." (*The Economist*, 30 Juli 2005). Diese neue Politik wird zweifellos anderen Interessen Amerikas, einschließlich seines Bedarfs an kurzfristiger Stabilität zur Sicherstellung des ununterbrochenen Ölflusses, zuwiderlaufen, aber man hat das Gefühl, dass die Amerikaner sich zunehmend über die langfristigen Auswirkungen politischen und ökonomischen Stillstands in der Region und insbesondere das Fehlen demokratischer Rechte, was eindeutig Entfremdung und politischen Extremismus gefördert hat, Sorgen machen.

84. Die Amerikaner lösten die Initiative für den Nahen Osten im weiteren Sinne und Nordafrika (BMENA) aus, um die MENA-Region und Europa in einen Dialog über

wirtschaftliche und politische Reformen zu engagieren. Sie riefen auch eine Partnerschaftsinitiative für den Nahen Osten und Nordafrika (MEPI) ins Leben, um durch Ermutigung eines erweiterten Privatsektors und des Unternehmertums Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu unterstützen, einen umfassenden demokratischen Dialog im politischen Prozess zu fördern sowie Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zu verbessern.

85. Die neuere europäische Nachbarschaftspolitik der EU erlaubt es der Europäischen Union, zwischen ihren mediterranen Partnern zu differenzieren, um positive Reformbemühungen systematischer als in der Vergangenheit zu belohnen. Diejenigen, die sich rasch in Richtung auf Reformbemühungen bewegen, erhalten engere Beziehungen mit der Europäischen Union und gewinnen in der Folge besseren Zugang zu ihren Märkten und Darlehensfazilitäten. Das Problem ist hier, dass einige EU-Mittelmeerländer ein wenig misstrauisch hinsichtlich stärkerer ökonomischer Integration mit der Region sind, was auf einigen Gebieten, wie z.B. der Landwirtschaft, direkt zu Wettbewerb führen könnte. Es gibt also eine Kluft innerhalb der Europäischen Union zwischen denjenigen, die Hilfe vor Handel fordern, und anderen, die den Handel als das wichtigste Mittel zur Verbesserung der Beziehungen mit den mediterranen Partnern sehen. Es trifft auch zu, dass es dieser Beziehung an den kräftigen Anreizen fehlt, die die Europäische Union bei ihren Beziehungen zu Zentraleuropa während des Übergangsprozesses vorhielt. Die Europäische Union stellte damals die Möglichkeit des Beitritts gegenüber ihren zentraleuropäischen Partnern in der Region in Aussicht. Dies schuf einen sehr starken Anreiz zu Änderung. EU-Beitritt steht jedoch für die Länder des mediterranen Dialogs nicht auf der Tagesordnung, zumindest derzeit nicht. Wenn die Europäische Union fähig ist, die Möglichkeit einer echten Freihandelszone mit dem Mittleren Osten anzubieten, einer, die nicht mit Vorbehalten zum Schutz bestimmter Sektoren überfrachtet ist, würden die Anreize für den Wandel entsprechend verstärkt. Es gibt eine echte Möglichkeit, dass dies erreicht werden kann. Der Beschluss der Europäischen Union, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in diesem Oktober aufzunehmen, zeigte, dass die Union keineswegs ein "christlicher Klub" ist. Ihre Mitglieder stehen für universelle humanistische Werte, die sicherlich die Tür für ein Land mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung öffnen. Die sich entwickelnde Beziehung der Europäischen Union zur Türkei wird eine starke Botschaft in die MENA-Region senden, dass Reformen sich langfristig nicht nur hinsichtlich des Inlands, sondern auch hinsichtlich der Beziehung mit Europa bezahlt machen können.

86. Schlussendlich sind es jedoch die MENA-Länder, die die größte Verantwortung für das Gestalten des Übergangs und die Reformprozesse haben. Die lokale Führung ist der Schlüssel, um Reformen nachhaltig zu gestalten, ansonsten könnten sie mit dem nächsten Regierungswechsel oder der nächsten Modeerscheinung bei der Entwicklungstheorie weggespült werden. Die westlichen Regierungen sollten nach wie vor Reformen befürworten und unterstützen, aber die Last der Verantwortung wird bei den Menschen in der Region und bei den Regierungen liegen, von denen erstere Rechenschaft fordern müssen. Wir können nur dabei helfen, sie in die Lage zu versetzen, die richtigen Entscheidungen zu treffen und die richtigen Dinge zu tun.

### **VIII. BIBLIOGRAPHIE**

George T. Abed and Hamid R. Davoodi, "Challenges of Growth and Globalization in the Middle East and North Africa," International Monetary Fund, 2003.

Glenn Ago and Don McCarthy, "The Post Saddam Boom," *Wall Street Journal Europe*, January 14, 2005.

*Roberto Aliboni and Laura Guazzone, Democracy in the Arab Countries and the West, Mediterranean Politics, Vol. 9, no. 1, Spring 2004.*

Marc Champion, "Iran's conservative turn hinders Europe's Effort to quell Nuclear Threat," *Wall Street Journal Europe*, 8 February 2005.

*Arab Human Development Report 2002: Creating Opportunities for Future Generations*, United Nations Development Programme, Arab Fund for Economic and Social Development.

*Arab Human Development Report 2003: Building a Knowledge Society*, United Nations Development Programme, Arab Fund for Economic and Social Development.

*Better Governance for Development in the Middle East and North Africa*, World Bank, 2003.

Thomas J. Cassidy, Jr. "Education in the Arab States: Preparing to Compete in the Global Economy," Peter K. Cornelius, Editor, *The Arab World Competitiveness Report 2002-2003*, World Economic Forum.

Thomas Carothers, "A Better Way to Support Middle East Reform," *Policy Brief*, Carnegie Endowment for Peace, 2005.

Daniel C. Esty, Marc, A. Levy and Andrew Winston, "Environmental Sustainability in the Arab World," in Peter K. Cornelius, Editor, *The Arab World Competitiveness Report 2002-2003*, World Economic Forum.

Ahmed Farouk Ghoneim, Jurrgen von Hagen and Susanna Wolf, "Trade Relations Between the EU and North Africa," in Peter K. Cornelius, Editor, *The Arab World Competitiveness Report 2002-2003*, World Economic Forum.

Jos van Gennip, "Post-Conflict Reconstruction" NATO Parliamentary Assembly November, 2004.

Andrew Gillan, "Judges in a row over torture ruling," *Manchester Guardian*, August 12, 2005.

Daniel Henniger, "Muslim women seizing Chance to Claim Rights," *The Wall Street Journal Europe*, March 11-13, 2005.

Clement M. Henry and Robert Springborg, *Globalization and the Politics of Development in the Middle East*, Cambridge University Press, 2001. p. 2.

Bernard Hoekman and Patrick Messerlin, "Initial Conditions and Incentives for Arab Economic Integration: Can the European Community's Success be Emulated?" The World Bank Development Research Group, October 2002.

Human Rights Watch, <http://HRW.org>

Faruk Iqbal, "The International Competitiveness of the MENA Region," A Background Note prepared for the conference on Trade, Competitiveness and the Knowledge Economy, Marseilles, France, Conference Paper, March 2004.

Jennifer Keller and Mustaph Nabli, "The Macroeconomics of Labour Market Outcomes in MENA over the 1990s: How growth has failed to keep pace with a burgeoning labour market," World Bank, June 2002.

Riad Kahwaji, "Oil Revenue may Fuel Gulf Arms Buys," *Defense News*, 30 May 2005.

Patricia J. McCall, "Overcoming Barriers to Private Investment in the Middle East and North Africa Region, Paper presented to Arab Financial Forum, Bahrain, 22 November 2004.

*MENA Trends Reports 1996*, "Economic Trends in the MENA region"  
[http://www.erf.org.eg/html/mena\\_indicators.asp](http://www.erf.org.eg/html/mena_indicators.asp) , [http://www.erf.org.eg/html/about\\_erf.asp](http://www.erf.org.eg/html/about_erf.asp).

Mustapha K. Nabli, "Long term economic development challenges and prospects for the Arab Countries," World Bank, Paper Presented at Conference of the Institut du Monde Arabe, Paris, 12 February 2004.

John Page, "Structural Reforms in the Middle East and North Africa," in Peter K. Cornelius, Editor, *The Arab World Competitiveness Report 2002-2003*, World Economic Forum.

Gerald Posner, "The Kingdom and the Power," *International Herald Tribune*, 3 August 2005.

NATO PA Secretariat Report, NATO Terrorist Finance Conference, Rome, Italy, 2004.

Yasmine El-Rashidi, "Egypt takes Step to open up politics," *The Wall Street Journal Europe*, 28 February 2005.

Mitchell Reiss, "A long way to a Free Middle East," *Financial Times*, 29 April 2005.

Oliver Roy, "The Democratic Conundrum", *Financial Times*, 12 April 2005.

Najwa Saad, "U.S. Earmarks \$5 billion in Foreign Aid to the Middle East in FY05," Washington File 16 December 2004.

Philip Stephens, "A less Certain pessimism about the Middle East," *Financial Times*, 4 March 2005.

Special Report, "America and the Middle East", *The Economist*, 30 July 2005)

Paul Tempest, "The Hydrocarbon Sector," in Peter K. Cornelius, Editor, *The Arab World Competitiveness Report 2002-2003*, World Economic Forum.

Transparency International, [www.transparency.org](http://www.transparency.org)

*Unlocking the Employment Potential for the Middle East: Toward a New Social Contract*, MENA Development Report, The World Bank, 2004.

Rodney Wilson, "Arab Banking and Capital Market Developments," in Peter K. Cornelius, Editor, *The Arab World Competitiveness Report 2002-2003*, World Economic Forum.

Tarik Yousef, "Development, Growth and Policy Reform in the Middle East and North Africa since 1950," *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 18. March 2004.